

# Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 290 · 25. JAHRGANG · AUSGABE 4/2019 VOM 26. MÄRZ 2019 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

5 | **Kommunale  
Mietpreisbremse**

Bernauer Linke contra Mietsteigerung

7 | **Für sozial gerechte  
Mieten in Eberswalde**

Bündnis mit Wahlprüfsteinen

11 | **Vorschläge für die  
Waldstadt Eberswalde**

Fassadengrün und Wege fürs Wild



## Parks zu Parkhäusern?

Nicht kleckern, sondern klotzen ist angesagt. Der alte Traum des Bürgermeisters, die Südseite der Friedrich-Ebert-Straße zu bebauen, soll nun endlich Wirklichkeit werden. Die allgemeine Mietpreissteigerung – an der nicht zuletzt die städtische Wohnungsgesellschaft in den letzten Jahren intensiv arbeitete – macht es nun möglich, daß sich die Bauinvestition auch auf dem schwierigem Grund an Weinberggraben und Kienwerder rechnet. Freilich nicht so ohne weiteres. Um den Bau ordentlich profitabel zu machen, werden das gesamte Areal zubetoniert und Häuser errichtet, die mit ihren 20

oder mehr Metern Höhe die Gebäude in der Umgebung deutlich überragen – ein »richtiger Blickfang« eben, wie es in der Selbstdarstellung des Investors heißt.

Vor allem aber wird fast die gesamte zweite Etage des Hauptblocks als Parkhaus geplant. Dafür sind die Herstellungskosten vergleichsweise billig, aber Stellplätze können in der Innenstadt zu gutem Preis vermarktet werden. Sicherer Profit also, wenn der bisherige Park zum Parkhaus wird.

Mit diesem Bau verliert die Innenstadt eine weitere Grünfläche mit stattlichen Bäumen. In der Folge wird sich das Kleinklima im Bereich der Friedrich-Ebert-Straße, die zur Straßenschlucht wird, verschlechtern. Von der stickigen Luft in der Neuen Kreuzstraße – damals noch weitgehend frei von Autoverkehr – berichteten schon alte Eberswalderinnen und Eberswalder, welche die Verhältnisse in der Haupteinkaufsstraße des Vorkriegs-Eberswalde noch selbst miterlebt hatten. Inzwischen leben nur noch wenige von ihnen und ihre Erfahrungen sind dem Vergessen preisgegeben.

Mit der großflächigen Versiegelung in der alten Flußbaue steigt zudem die Gefahr von Überflutungen nach Starkregen. Zugleich wird das Parkhaus mit fast 100 Stellplätzen im Innenstadtbereich zusätzlichen Verkehr in die Innenstadt ziehen – da mag man im sogenannten »Mobilitätskonzept 2030+« noch so viel von Verkehrsberuhigung im Stadtzentrum reden.

Gibt es noch Chancen, den Verbau der letzten innerstädtischen Grünflächen zu verhindern oder wenigstens auf ein städtebaulich halbwegs verträgliches Maß zu reduzieren – also mindestens die Verringerung der Baufläche auf unter 50 Prozent, weniger Etagen, Fassaden- und ggf. Dachbegrünung sowie die Freihaltung des Weinberggraben-Areals (oberes Foto)?



Derzeitige Nutzung: In den wärmeren Jahreszeiten wird der Park an der Friedrich-Ebert-Straße (von der lokalen Tageszeitung als »Brachfläche« bezeichnet) gern zur Rast und zum Ausruhen genutzt. Vor allem, seit gegenüber ein Eisanbieter seine kühlen Erfrischungen anbietet.

GERD MARKMANN

## Der achte Zwerg

John Bercow leitet seit 2009 als Sprecher (speaker) die Sitzungen des Britischen Unterhauses. Seine Position entspricht der des Präsidenten des Deutschen Bundestages. Bercows Auftritte hingegen sind legendär und keineswegs langweilig. Er sorgt mit Nachdruck für die Einhaltung demokratischer Regeln. John Bercow beherrscht seine Aufgabe meisterhaft. Schon sein Einmarsch ist grandios. Phänomenal zelebriert er Ordnungsrufe. Schauen Sie sich das Schauspiel umgehend an, bevor die Vorstellungen zu Ende sind.

Das Britische Unterhaus geht auf das Parlament von 1295 zurück, besteht seit 1341 und gilt als das Muster der Parlamente. Von hier ergingen die Regeln für die kapitalistische Entwicklung der Welt, das Zusammenleben verschiedenster Kulturen, Religionen und sozialer Schichten. Das britische Unterhaus hat die Regeln der modernen bürgerlichen Globalisierung geradezu entwickelt und lange Zeit mit Nachdruck vorangetrieben. Zunächst haben sie die zerstrittenen Staaten auf den britischen Inseln vereint. Seine Entscheidungen waren entscheidend für die Herausbildung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes, in dem in seinen besten Zeiten im Jahre 1922 ein Viertel der Weltbevölkerung lebte und der den gesamten Erdball überspannte. Seine Erfolge können sich sehen lassen und wirken fort. London ist der Nabel der Welt. Von hier aus zählt man die Längengrade. Die Sprache des britischen Unterhauses dient als Verkehrssprache der gesamten Welt. Wir haben den Briten viel zu verdanken.

Leider kommt dieses großartige Parlament mit den heutigen Herausforderung nicht klar. Wie alle sehen können, sind sie heillos überfordert. Die Abgeordneten des Britischen Unterhauses sind erfahrene und gebildete Menschen, die manierlich in geschliffener Sprache fair kommunizieren. Sie haben die besten Regeln, die man sich vorstellen kann, und kommen nicht aus dem Knick.

Die Integration ihres Landes in einen größeren Wirtschaftsraum und die unaufhaltsam fortschreitende Globalisierung kann das britische Unterhaus mit all seinen Traditionen und großartigen Regeln nicht gestalten. Dafür ist es ungeeignet. Wie der Zauberlehrling verzweifeln sie an der Fortführung der Aufgabe, die in ihrem Haus entwickelt und perfektioniert wurde und Wohlstand und Reichtum ihres Landes begründet hat. Sie müßten Kompetenzen an eine höhere Institution abgeben und können das nicht. Da muß sich sehr viel ändern. So eien wie John Bercow wird man zukünftig wohl nicht mehr sehen.

Dr. MANFRED PFAFF

**Barnimer Bürgerpost**  
abonnieren!

eMail: [redaktion@barnimer-buergerpost.de](mailto:redaktion@barnimer-buergerpost.de)

## Gesundheit vor Profit

»Unser Krankenhaus vor Ort – öffentlich ist wesentlich«

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und der DGB hatten am 25. März zur Veranstaltung »Unser Krankenhaus vor Ort – öffentlich ist wesentlich – Gesundheit vor Profit« mit Kinofilmvorführung »Der marktgerechte Mensch« in die HNEE-Aula eingeladen.

Es wurde über aktuelle Tarifeinsetzungen in Krankenhäusern und die Gründung eines Bürgerbündnisses vor Ort informiert.

Die Situation in den Krankenhäusern betrifft alle Bürgerinnen und Bürger, die auf die Gesundheitsdienstleistungen angewiesen sind. Sie haben an einem gut funktionierenden Gesundheitswesen und Krankenhäusern mit ausreichend Personal dasselbe Interesse, wie die Beschäftigten mit ihren Angehörigen. Im Gesundheitswesen dominieren immer stärker Markt, Konkurrenz, Privatisierungen und Gewinnorientierung. Dadurch besteht ein ständiger Kostendruck. Die Folgen: Personalnotstand in der Pflege bis hin zur Patientengefährdung, zu wenig Zeit für Ausbildung, extreme Arbeitsverdichtung und starke Belastungen für Beschäftigte mit negativen Auswirkungen auch für die Patienten. Gleichzeitig fehlen Investitionen in den Krankenhäusern durch die Länder. Mit der Konsequenz, daß Personalstellen in Baustellen umgewandelt werden.

Aber es gibt auch Mutmachendes: Mit den Tarifeinsetzungen für feste Personalvorgaben, den vielfältigen Aktionen von zivilgesellschaftlichen Bündnissen und nicht zuletzt den Volksbegehren in vier Bundesländern ist es in den vergangenen Jahren gelungen, die Situation in der Pflege und den Krankenhäusern zu Topthemen der bundesweiten Politik zu machen und erste Änderungen zu erzwingen. Auch vor Ort startete eine Tariffbewegung und macht sich für Verbesserungen stark.

ANDREAS SPLANEMANN

### Tarifverhandlungen

**Eberswalde (bbp).** Am 28. März starten die Verhandlungen zwischen der Geschäftsführung des Werner-Forßmann-Krankenhauses und der Gewerkschaft ver.di für einen neuen Manteltarifvertrag der Pflegekräfte. Den alten Vertrag hatte ver.di zum 31. März gekündigt. Im Mittelpunkt der Gewerkschaftsforderungen stehen Verbesserungen für die Arbeitsbedingungen und eine Angleichung an den TVöD. Dazu gehört unter anderem die Senkung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 38,5 Stunden. Eine weitere Forderung gleiche Jahressonderzahlungen wie im »Tarifgebiet West«.

Traditionelle Verantwortung – verantwortliche Tradition:

## »Miteinander – Füreinander«

Listensammlung der Volkssolidarität Barnim

Noch bis zum 2. Mai sind die ehrenamtlichen Helfer der Volkssolidarität Barnim wieder mit ihrer traditionellen Listensammlung unterwegs. Unter dem Motto »Miteinander – Füreinander« sammeln sie für soziale Projekte der Region, die sonst nicht zu finanzieren wären.

Im 74. Jahr seines Bestehens erbittet der Wohlfahrtsverband die Spenden vor allem für die musikalische Früherziehung in unserer Kita »Melodie« in Bernau-Süd. Ferner für den Erhalt der Angebote aller Begegnungsstätten der Volkssolidarität im Landkreis Barnim – in Eberswalde, Bernau, Biesenthal und Finowfurt. Ebenso sind die Spenden für den Erhalt der gut nachgefragten Rentensprechstunden in Eberswalde, Bernau und Biesenthal bestimmt. Ein Teil der Spenden verbleibt in den 57 Ortsgruppen, zur Ermöglichung ihrer dringend gebrauchten sozialen Fürsorge im Wohngebiet.

Im vergangenen Jahr wurden im Kreisverband Barnim der Volkssolidarität 33.774 Euro gesammelt. Unterstützt werden konnten die Begegnungsstätten der Volkssolidarität im Landkreis Barnim, der Erhalt der Rentensprechstunden und Wohngemeinschaften für chronisch psychisch kranke Menschen.

Die ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiter werden Sie mit einer Sammeliste besuchen

und mit Ihnen ins Gespräch kommen. Die Kreisgeschäftsstelle der Volkssolidarität weist darauf hin, daß sich alle ehrenamtlichen Sammler mit einem Sammelausweis legitimieren können.

Wir bedanken uns herzlich bei allen Spendern und Sammlern, jede Spende ist willkommen. Wer nicht durch die ehrenamtlichen Sammler erreicht wird, kann seinen Beitrag auch auf unser Spendenkonto überweisen (Kennwort: Spendensammlung der Volkssolidarität 2019, Empfänger: Volkssolidarität Barnim e.V., IBAN: DE54170520003120026025, BIC: WELADED1GZE).

ANDREA HOEHNE

### Rentensprechstunde

»Brandenburgische Rentnerinitiative«

Rentenempfänger können einmal im Monat Fragen zu ihren Rentenbescheiden klären. Der Arbeitskreis »Brandenburgische Rentnerinitiative« gibt Hilfestellung beim Lesen der Bescheide und Formulieren von Widersprüchen. Der nächste Termin, wie gewohnt am zweiten Mittwoch des Monats, ist am 10. April, von 10 bis 12 Uhr im Objekt der Volkssolidarität, Maurerstr. 17 (Richterplatz) in Eberswalde.

ANDREA HOEHNE

## Unabhängige Grüne in Mannschaftsstärke

11 Kandidaten bewerben sich für Gemeindevertretung Panketal und beide Ortsbeiräte

Unsere Bewerber für die Kommunalwahlen sollten vor allem Kompetenzen und Erfahrungen für die Panketaler Hauptthemen Mobilität und Straßenbau, Landschaft und Trinkwasserschutz sowie KITA und Schulentwicklung mitbringen. Mit dem Verkehrsplaner JOCHEN BONA, der Biologin ULRIKE SCHNEEWEIB und dem Grundwasser-Ingenieur HARTMUT BÄSLER sowie drei jungen Familien mit insgesamt neun Kindern im KITA- und Grundschulalter sind vielfältige Lösungskompetenzen in der parteilosen Wählergruppe vertreten.

Beim Thema Mobilität muß sich die Gemeinde endlich mit den Problemen der fast 10.000 Pendler und 2.300 Schüler beschäftigen und nicht stundenlange Debatten über unwichtige Erschließungsstraßen gegen die Anwohner führen. Die zukünftig die Mobilitätsstrategie muß sich stärker auf Busse und Bahnen sowie die kritischen Knotenpunkte in Alt-Zepernick sowie den beiden Umsteigepunkten an den S-Bahnhof Röntgental und Zepernick konzentrieren. Untergeordnete Erschließungsstraßen wie aktuell die Passeier und Salzburger Strasse sollten direkt vor Ort zwischen Anwohnern und Ortsbeiräten beraten werden.

Bona als Gemeindevertreter und Schneeweiß als Ortsbeirätin bilden als erfahrene Kommunalpolitiker die bewährte Doppelspitze der aktuellen und zukünftigen Wahlperiode.

### 1. Warum kandidieren wir zur Kommunalwahl?

Die aktuelle Verfassung der Parteien in Panketal weist erhebliche Defizite bei den Themen Ortsentwicklung und Umweltschutz, Straßenbau und Schulentwicklung auf. Sichtbarer Ausdruck verfehlter politischer Abstimmungen ohne fachlicher Untermauerung durch SPD, LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und CDU sind bisher vier Bürgerbegehren, drei Einwohneranträge und zahlreiche Petitionen und Beschwerden in den Einwohnerfragestunden der Gemeindevertretung.

Nicht nur beim Ausbau der Gemeindestraßen erleben die Anwohner diese Verwaltungs- und Parteienwillkür. Die CDU hat vor wenigen Wochen ihre Fraktionsvorsitzende abgewählt, die als Konsequenz die Wählergruppe GIP gegründet hat. Die SPD hat als Spitzenkandidaten den hauptamtlichen Bürgermeister zu den Kommunalwahlen nominiert, obwohl er ein Mandat laut Wahlgesetz überhaupt annehmen kann, will er Bürgermeister bleiben.

Die LINKEN werden alle Vorschläge »durchwinken«, da die Partei keine Fachleute in die Fachausschüssen entsendet hat und weiterhin politische Kampfabstimmungen bevorzugt. Die Partei Bündnis 90/Die Grünen hat beim Thema Umwelt- und Naturschutz keine Fachkompetenz. Die Pläne für einen Konzeptspielplatz in der Trinkwasserschutzzone am Wasserwerk Zepernick und in der Panke-Dranse-Aue sind genau so wenig akzeptabel wie der Standort für eine Turnhalle im offenen Landschaftsraum.

Gegenwärtig wehren sich die Bürger vor allem gegen folgender Großvorhaben wie den Erlebnishof Schwanebeck mit großflächiger Bebauung am historischen Dorfkern, den Sport- und Spielpark in den Panke-Dranse-Wiesen mit einer riesigen Turnhalle im Landschaftsraum, Wohn- und Geschäftshäusern in der Schönower Straße anstelle altersgerechter Wohnungen.

Alle Parteien versprechen in ihren Wahlprogrammen das Beste für Panketal. Bei den konkreten Vorhaben entscheiden die Parteien jedoch ganz anders – warum auch immer.

### 2. Wer sind wir?

In unserer kandidierenden erfahrene Kommunalpolitiker und engagierte Quereinsteiger, die sich auch bisher für das Gemeinwohl auch als Elternvertreter engagiert haben. Wir haben besonders darauf geachtet Bewerber für folgenden Themen zu gewinnen: Ortsentwicklung und Erhaltung von Landschaft und Ortsbild, Verbesserung der Schulinfrastruktur an den besten Standorten (Elbestraße und ggf. Straße der Jugend), Verkehrsplanung mit Verbesserungen für Pendler und Schüler, Schutz von Flora und Fauna sowie Trinkwasser des Wasserwerkes Zepernick, Soziale Ziele bei Pflege und Betreuung.

### 3. Was wollen wir?

Wir wollen die Defizite in der Verwaltungsarbeit mit Hilfe neuer Strukturen und geeignetem Fachpersonal beseitigen und eine umweltfreundliche Ortsentwicklung fördern, u.a. mit folgenden Maßnahmen:

**BEIGEORDNETER:** Der Bürgermeister erhält einen qualifizierten Verwaltungsexperten mit Fachkompetenz zur Seite, um den Parteienföhn in Panketal eindämmen.

**WERKS- UND UMWELTAUSSCHUB** für die Bereiche Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Regenwasserbewirtschaftung mit dem Ziel einer höheren Eigenständigkeit dieser wichtigen Themen und zur besseren Durchsetzung des Trinkwasser- und Umweltschutzes.

**KUNDENBEIRAT** zur Begleitung und Kontrolle des Kommunalbetriebes und des Werksausschusses soll der Kundenbeirat ähnlich wie in Bernau gebildet werden.

**PANKETAL BOTE:** Häufig wurden Beiträge zensiert und nicht abgedruckt. Zukünftig soll ein Redaktionsgremium für Transparenz sorgen und Behördenwillkür verhindern.

**LIVESTREAM** für Öffentlichkeit und Transparenz der Gemeindegemeinschaft.

**LANDSCHAFTSPLAN** mit höherer Verbindlichkeit (nicht nur als Anhängsel des Flächennutzungsplanes).

**MOBILITÄTSKONZEPT PANKETAL 2030** statt wie bisher willkürlicher Straßenausbau.

Das detaillierte Kommunalwahlprogramm wird bis zum 2. Mai gemeinsam erarbeitet und danach öffentlich vorgestellt.

Wählergruppe Unabhängige Grüne Panketal

## Zehn Kandidaten

**Panketal (bvb).** Der Panketaler Zweig von BVB/Freie Wähler tritt mit zehn Bewerbern zur Wahl der Panketaler Gemeindevertretung an. Die aus verschiedenen Berufsgruppen stammenden Bewerber bilden eine der jüngsten Kandidatenlisten im Barnim. So beträgt das Durchschnittsalter 39 Jahre.

Als Spitzenkandidat geht der 20-jährige Student CLEMENS HERRMANN ins Rennen. Er will BVB/Freie Wähler in Fraktionsstärke ins Gemeindeparlament führen. Seit insgesamt zehn Jahren engagieren sich Mitglieder der Freien Wähler, damals noch als Unabhängige. Jetzt wollen die Kandidaten unter der Bezeichnung BVB/Freie Wähler mit vielen Ideen, Motivationen und starkem Rückenwind zur Kommunalwahl im Mai antreten.

Zentrale Themen sind bürgernahe Politik, damit Politik für den Bürger da ist und nicht umgekehrt. Ebenso konsequent werden sie gegen neue Satzungen auftreten, um Bürokratie abzubauen werden. Natürlich steht die dauerhafte Abschaffung der Straßenausbaubeiträge im Fokus. Jegliche Anliegen der Bürger sind Programm und werden erst genommen. Die Ortsentwicklung wird eine wichtige Rolle spielen, denn die Gemeinde Panketal wird auch in den kommenden Jahren wachsen und viele kommunale Aufgaben müssen bewältigt werden. Dafür stehen die Kandidaten mit fachlichen Kompetenzen bereit.

Zugleich entsendet BVB/Freie Wähler Panketal 8 Kandidaten auf die gemeinsame Kreistagsliste der Barnimer Wählergruppen und Bürgerinitiativen.

CLEMENS HERRMANN

## Schuldfrage klar geregelt...

Da kann einem wieder schlecht werden: An der Baumverstümmelung in Finow ist letztlich die DDR schuld, natürlich (vgl. »Baudezernentin läßt Kritiker zur Baumschau ein« in MOZ v. 15.03.2019). Und Eberswalde hat 260 offene Kita-Anträge, am meisten im Brandenburgischen Viertel, wo ja kräftig Plattenbauten abgerissen werden, anstatt sie kostengünstig zu sanieren bzw. umzubauen.

Dazu paßt auch ein Artikel der letzten Wochen zu zunehmend fehlenden Sozialwohnungen bzw. überhaupt bezahlbaren Wohnungen. Gleichzeitig wird über hohen Leerstand geklagt. Da ist aber auch die Frage erlaubt, weshalb nur eine relativ geringe Zahl an nicht vermieteten Wohnungen im Internet angeboten werden? Aber der Neubau von teuren Wohnungen boomt.

Wir haben ja auch einen Bürgermeister aus der »Partei der Besserverdienenden«, da wundert dies eigentlich nicht. Und solange Politiker in den entsprechenden Vorständen eifrig mitverdienen, sind Änderungen kaum zu erwarten. Aber, siehe Anfang, letztlich ist doch immer die DDR schuld, oder vielleicht die Russen?

HEIKO HAASE 3

## Nun neun Fraktionen

Mit sofortiger Wirkung verlassen unsere Stadtverordneten Götz Herrmann und Thomas Stegemann die gemeinsame Fraktion »Bürgerfraktion Eberswalde«, die sich bisher aus »Bürger für Eberswalde« (BfE) und »Bürgerfraktion Barnim« zusammengesetzt hat.

Die Entscheidung des bisherigen Fraktionspartners, neue Mitglieder und Kandidaten zur Kommunalwahl aufzunehmen, die bisher der »Alternative für Deutschland« (AfD) zuzuordnen waren und eine etwaige künftige politische Fokussierung der Wählergruppe »Bürgerfraktion Barnim«, kann von der Wählergruppe »Bürger für Eberswalde« (BfE) nicht mitgetragen werden. Dies widerspricht ganz klar den Werten der Wählergruppe und insbesondere den Werten der aktuellen Kandidatinnen und Kandidaten und macht eine klare öffentliche Distanzierung notwendig. Die Wählergruppe »Bürger für Eberswalde« (BfE) ist Gründungsmitglied des Bündnisses »#unteilbar Eberswalde«. Dieses Bündnis stellt sich u.a. gegen den Rechtsruck in der Gesellschaft. Die »Bürger für Eberswalde« (BfE) wollen dieses Bündnis mit seinen Inhalten und Aussagen auch wirklich leben, daher gibt es keine andere Option, als sich von politischen Kräften deutlich zu distanzieren, die diese Werte nicht unterstützen.

Die Wählergruppe »Bürger für Eberswalde« (BfE) hat mit seinen Kandidatinnen und Kandidaten ambitionierte Ziele für die Wahl zur Eberswalder Stadtverordnetenversammlung und eine eindeutige politische Ausrichtung. Daher wurde den beiden Stadtverordneten der Austritt aus der gemeinsamen Stadtfraktion als ein klares Zeichen der Abgrenzung nahegelegt.

Die Kandidatinnen und Kandidaten der Wählergruppe »Bürger für Eberswalde« (BfE) werden ebenso ihre Kandidatur für den Kreistag innerhalb der Listenvereinigung »Bürgerfraktion Barnim« zurückziehen. Die Wählergruppe tritt mit sofortiger Wirkung aus der Listenvereinigung aus.

In Absprache mit dem bisherigen Fraktionspartner werden die aktuellen Beschlussvorlagen der Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung von beiden künftigen Fraktionen weiterhin eingebracht, da diese noch vor den Ereignissen vereinbart wurden und von der Wählergruppe »Bürger für Eberswalde« (BfE) inhaltlich weiter mitgetragen werden.

GÖTZ HERRMANN, THOMAS KOLLING,  
ISABELL SYDOW und KATJA LÖSCHE

Der Stadtverordnete CONRAD MORGENROTH äußert sich auf der Internetseite der Bürgerfraktion Barnim verwundert, daß die »Bürger für Eberswalde« das »erfolgreiche und leistungsstarke Bündnis mit uns aufgekündigt hat«. Die Kandidaten, die ehemals in der der AfD waren, hätten sich »mittlerweile abgewandt, da sie die zunehmende rechtskonservative Ausrichtung der Partei nicht mittragen«. Die Bürgerfraktion Barnim stehe seit ihrer Gründung für eine

## Staustellen in der Stadt



Foto: JÜRGEN GRANZOW

Sie stehe dort jeden Morgen 20 Minuten im Stau, sagt Frau R., die am Rande von Finow wohnt und in der Innenstadt arbeitet. Die Eberswalder Straße zwischen Finow-Ost und der Kreuzung Spechthausener Straße wird derzeit verengt. Die zweispurige Verkehrsführung aus Finow in Richtung Eberswalde wird auf eine Spur verringert. Dies wird mit der notwendigen Verbesserung des Radverkehrs begründet. Tatsächlich hatte der dort markierte Schutzstreifen für Radfahrende diesen Namen kaum verdient. Der markierte Streifen war viel zu schmal und zum schmalen Gehweg mit einer hohen, sehr gefährlichen Bordsteinkante abgegrenzt.

Den Rückbau auf zwei Fahrspuren mit einer Gesamtbreite von 6,50 Metern hatte schon das Verkehrsentwicklungskonzept (VEP) von 2008 empfohlen. Allerdings hatte das VEP diesen Rückbau – ähnlich wie schon die provisorische Einrichtung der Radstreifen in der Heegermühler Straße – erst dann vorgesehen, wenn es durch die B167neu oder eine vergleichbare Umgehungsstraße zu einer spürbaren Verkehrsentslastung auf der jetzigen B167 kommt. Wenn nun diese Maßnahmen schon vor dem Bau der sogenannten Umgehung umgesetzt werden, könnte das einerseits den Gegnern der B167neu Hoffnung geben, daß deren Bau auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben wurde, andererseits wird der Stau-Leidensdruck auf den bestehenden Straßen verstärkt, womit künstlich Argumente für den Schnellstraßenbau im Norden geschaffen werden.

Während die Baustellenampeln in der Eberswalder Straße nach Fertigstellung der Einengung abgebaut werden, soll die vom ZWA verursachte Staustelle an der Bahnhofsbrücke länger andauern.

Richtigstellung der Stadtfraktion »Bürger für Eberswalde«:

## Wir sind keine »Autolobbyisten«

In letzter Zeit gerät unsere Stadtfraktion zum Thema Verkehr bei einigen Gruppierungen fälschlicherweise in die Kritik. Denn zunehmend werden unsere Kandidatinnen und Kandidaten mit der Meinung konfrontiert, die Vertreter unserer Stadtfraktion wären »Autolobbyisten« und gegen den Fahrradverkehr in der Stadt oder einen Ausbau der Infrastruktur für den Fahrradverkehr. Das ist falsch!

Die gemeinsame Stadtfraktion hat jeder Vorlage zur Verbesserung des Fahrradverkehrs in den letzten fünf Jahren zugestimmt. Angefangen vom Radfahrkonzept bis hin zum Fahrradparkhaus am Bahnhof. Natürlich haben wir zu jedem Zeitpunkt auch darauf hingewiesen, daß durch die eine Verbesserung des Fahrradverkehrs nicht automatisch eine Verschlechterung

für andere Verkehrsteilnehmer entstehen darf und es größerer Anstrengungen bedarf, um auch allen gerecht zu werden. Wir haben immer betont, daß alle Verkehrsteilnehmer so sicher und zügig wie möglich durch unsere Stadt kommen sollen.

Da wir eine gemeinsame Fraktion mit der »Bürgerfraktion Barnim« bilden, stehen die »Bürger für Eberswalde« nicht automatisch für privat getätigte Äußerungen einzelner anderer Fraktionsmitglieder. Zählen sollte, was wir politisch als Stadtfraktion unterstützt haben und was wir in unserem BfE Wahlprogrammen zu stehen haben. Dies spricht eine klare Sprache.

Kritiker sollten sich also bitte besser informieren!

GÖTZ HERRMANN

(aus: [www.buerger-fuer-eberswalde.de](http://www.buerger-fuer-eberswalde.de))

## Ex-AfDler integrieren – das ist Toleranz

offene, tolerante und bürgernahen Sachpolitik. »Zu unserer tiefen demokratischen Überzeugung gehört es, daß wir grundsätzlich offen sind für alle, die sich einer bürgerorientierten Politik verpflichtet fühlen und bereit sind, diese abseits von links- und rechtsradikalen Einstellungen umzusetzen.« Dazu gehöre, ehemalige AfD-Mitglieder, »die sich klar gegen den rechtskonservativen Kurs der Partei

wenden«, nicht auszugrenzen. »Das bedeutet Toleranz.« Ziel sollte sein, »politischen Kräften, die unsere Demokratie und das friedliche Miteinander in unserer Gesellschaft gefährden, entgegenzutreten«. Hierzu gehöre, »Menschen, die sich von solchen politischen Kräften lossagen, Möglichkeiten zu bieten, sich weiter an der politischen Willensbildung zu beteiligen.«

## Kommunale Mietpreisbremse in Bernau

**Bernau (bbp).** Die Linksfraktion in der Bernauer Stadtverordnetenversammlung (StVV) will der städtischen Wohnungsgesellschaft Wobau GmbH eine Mietpreisbremse verordnen. Wie die Fraktionsvorsitzende Dr. DAGMAR ENKELMANN mitteilte, soll die Wobau für vier Jahre auf Vergleichsmieterhöhungen verzichten und bei Modernisierungen maximal vier statt der möglichen acht Prozent der Kosten auf die Mieter umlegen. Zudem soll bei Neuvermietungen die Miethöhe des bisherigen Mietvertrages angesetzt werden.

Die kommunale Gesellschaft sei mit mehr als 4.000 Wohnungen größte Vermieterin in Bernau und leiste einen wichtigen Beitrag zur Sicherung von bezahlbarem Wohnraum. »Wir möchten mit unserem Antrag sicherstellen«, so die Vorsitzende der größten Fraktion in der StVV, »daß der beschrittene Weg weitergegangen« und »den Mietern in kommunalen Wohnungen der Druck möglicher Mieterhöhungen von den Schultern genommen« wird. Die Linken erhoffen sich

von der Mietpreisbremse für die kommunale Wohnungsgesellschaft auch mäßigende Auswirkungen auf das Mietniveau insgesamt.

Widerspruch meldete der Wobau-Geschäftsführer JENS HÄBLER an. Er befürchtet eine wirtschaftliche Schwächung der Gesellschaft und Nachteile insbesondere gegenüber großen Investoren. Der Verzicht auf Mieterhöhungen führe langfristig zu einem Investitionsstau, ergänzt die Mitgeschäftsführerin Antje Mittenzwei. »Was das bedeutet, haben wir in der DDR erlebt: Die Städte sind zerfallen«. Für Bernau trifft letzteres allerdings nicht zu, da hier bereits zu DDR-Zeiten die Innenstadt großflächig neu bebaut worden war.

Die durchschnittlichen Mieterhöhungen, einschließlich der Neuvermietungen, variierten seit 2010 zwischen 1,28 und 2,83 Prozent. Im Jahr 2018 lag die Durchschnittskaltmiete der Wobau bei 5,52 Euro je Quadratmeter. Im Durchschnitt seien Bestandsmieter nur alle sieben Jahre von Mieterhöhungen betroffen.

## Gentrifizierung in Eberswalde

Neulich kam mir zu Ohren: »Der Bürgermeister und die WHG renovieren Mietwohnungen in der Innenstadt, die sie für satte 10 Euro den Quadratmeter weiter vermieten.« Wenn das stimmt

und sich jemand findet der das zahlt, werden die Mieten in der kompletten Eberswalder Innenstadt bald auch so viel kosten.

Es ist kein Geheimnis, daß die Wohnungseigner im Brandenburgischen Viertel gern besser

betuchte Mieter hätten. Sie spekulieren auf möglichst viele Berliner, die aus der Metropole ins Umland ziehen, und darauf, daß so die Gentrifizierung auch im Brandenburgischen Viertel die Mieten steigen läßt.

Durch den Abriß hunderter Wohnungen wird der Wohnraum künstlich verknappt, während die verbleibenden Wohnungen renoviert werden. Das Angebot wird weit unter die Nachfrage getrieben. Bald werden viele Pendler aus Berlin das Doppelte an Miete zu zahlen bereit sein, von dem, was die Harz 4-Empfänger hier an Wohnkosten bekommen. Das Brandenburgische Viertel kann dann endlich als von Armut bereinigt bezeichnet werden.

PEGGY SIEGEMUND



## »Flußgöttin Finow« in Eberswalde

**Eberswalde (bbp).** Der neue »Torplatz« – genau an der Stelle gelegen, wo bis 1945 die Stolzische Mühle stand – soll am 11. Mai, dem Tag der Städtebauförderung, offiziell übergeben werden. Die Neugestaltung erfolgte, nachdem im Zuge des Kreuzungsneubaus der Bypass, der den Verkehr aus der Berger- in die Breite Straße Richtung Rathaus führte, zurückgebaut wurde. Die entstandene flache Böschung erhielt eine breite Treppe, die von der Kreuzung hinunter zur Straße an der Friedensbrücke (früher Mühlenstraße).

Seinen Namen verdankt der neue Platz dem Umstand, daß Mühle und Stadt einst durch das Mühlen-Tor miteinander verbunden waren. Das Mühlen-Tor war eines von zwei Stadttoren in der heute nur noch in Resten vorhandenen mittelalterlichen Stadtbefestigung. Die wirtschaftliche Bedeutung der Mühle am Zu-

sammenfluß von Schwärze und Finow gehörte zu den Hauptgründen, weshalb hier eine Siedlung entstand, die sich später zur Stadt Eberswalde entwickelte.

Zur Eröffnung wird zugleich die »Flußgöttin Finow«, eine Skulptur der Eberswalder Bildhauerin GUDRUN SAILER, als zentrales Element auf dem Platz aufgestellt. Die »Flußgöttin« bildet den Bezug dazu, daß hier früher die stadtprägende Fließgewässer dominierten.

Die Einweihung soll im Rahmen von »Guten Morgen Eberswalde« erfolgen. Am 11. Mai, um halb elf. Bereits ab 10 Uhr lädt das Museum in der Adler-Apotheke zu »interessanten Streifzügen durch die Stadtgeschichte« ein, wie Dezernent Jan König jüngst informierte. Vielleicht wird auch etwas zur Mühlengeschichte am Zusammenfluß von Schwärze und Finow zu erfahren sein.

## Kein Handlungsbedarf?

**Eberswalde (bbp).** In Eberswalde fehlen Kita- und Hortplätze. Besonders hohe Defizite gibt es in Stadtmitte und im Brandenburgischen Viertel. Dort stehen vor allem für die Kinder aus Flüchtlingsfamilien zu wenig Plätze zur Verfügung.

Am 18. März nutzte der Eberswalder Stadtverordnete CARSTEN ZINN die Einwohnerfragestunde des Barnimer Kreis Ausschusses, um Landrat DANIEL KURTH (SPD) zu fragen, was der Landkreis, der für die Kitabedarfsplanung verantwortlich ist, zu tun gedenkt. Als untere Ausländerbehörde liegt es auch in der Zuständigkeit des Landkreises, die Integration zu fördern. Die Betreuung der ausländischen Kinder in Kitas sind nicht zuletzt für das Erlernen der deutschen Sprache ein wichtiges Element.

Barnims neuer Landrat, laut Zinn unvorbereitet, in der Sache fahrig, und »zugleich erneut sehr oberlehrerhaft«, verwies auf den Tagesordnungspunkt »Bericht aus der Verwaltung«. Dort werde er näher auf die gestellte Anfrage zur Kita- und Hortproblematik eingehen.

Was dann kam, waren allerdings nicht mehr als die bereits bekannten Informationen über Gespräche zwischen Landkreis und Stadt Eberswalde zum Zentralhort in der Eisenbahnstraße 100 und der Verweis auf aktuelle Aktivitäten zur Kitabedarfsplanung im Landkreis Barnim. Dabei blieb es.

»Scheinbar ist man sich in der Kreisverwaltung Barnim der angespannten Lage, die durchaus eine Gefährdung des sozialen Friedens nach sich ziehen könnte, überhaupt nicht bewußt oder es wird absichtlich stark verdrängt«, schlußfolgerte der Stadtverordnete.

## Grüne Kandidaten

Die Kandidatenliste von Bündnis 90/Die Grünen für die beiden Eberswalder Wahlkreise umfaßt insgesamt 17 Personen, darunter 7 Frauen, was einer Quote von 41 % entspricht.

Ich freue mich, daß wir eine gute Mischung aus erfahrenen Kommunalpolitikerinnen und -politikern sowie neuen, jüngeren und sehr engagierten Bewerbern zusammenstellen konnten. Wir kämpfen für eine möglichst starke Fraktion im Parlament, um unseren Zielen hinsichtlich einer nachhaltigen Stadtentwicklung ein noch größeres Gewicht zu verleihen. Dazu zählen z.B. ein möglichst geringer Flächenverbrauch und Versiegelungsgrad, die Stärkung des ÖPNV und des Fuß- und Radverkehrs und damit einhergehend die Erhöhung der Aufenthaltsqualität im Stadtzentrum und den Stadtteilzentren, die Förderung Erneuerbarer Energien, der Energieeffizienz und der Elektromobilität, der Erhalt und die Mehrung des Baumbestandes und des Stadtgrüns und natürlich die Entwicklung der Finowkanalzone.

KAREN OEHLER

## Ehrendes Gedenken



Anlässlich des 53. Jahrestages des Flugzeugunglücks der beiden Piloten **B. W. Kapustin und J. N. Janow** führt die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft e.V. Eberswalde eine Kranzniederlegung am 6. April um 10 Uhr auf dem Garnionsfriedhof an der Heegermühler Straße in Eberswalde durch. Hierzu laden wir Sie recht herzlich ein.

WALDEMAR HICKEL, Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft e.V. RG Eberswalde

## Vielfältiges Gemeinwesen

**Eberswalde (bbu/bbp).** Gemeinsam laden der Runde Tisch »Willkommen in Eberswalde« und das Netzwerk »Für ein tolerantes Eberswalde« am 28. März, um 17 Uhr, in das Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio in Eberswalde ein, um die Stadt mit all seinen Facetten zeigen – Kinder, Jugendliche, Familien, Erwachsene jeden Alters. Nach einem gemeinsamen Gruppenfoto soll darüber gesprochen werden, was Nachbarschaft ausmacht. Zugleich geht es darum, Ideen für ein gutes Miteinander und einen dauerhaften Aktionsrahmen »Vielfalt in Eberswalde« zu entwickeln.

## Am Freitag gehts ins Kino

Immer Freitags lädt der Verein Kulturhaus Heidekrug 2.0 ins kommunale Kino ein. Beginn ist jeweils 19.30 Uhr, Eintritt 6 Euro.

Am 29. März gibt es den Film Menashe (USA 2017, jiddisches Original mit Untertiteln) zu sehen. Am 5. April folgt »Madame Aurora und der Duft von Frühling« (Frankreich 2018).

GISBERT AMM

Kulturhaus Heidekrug 2.0 e.V. · www.heidekrug.org

## Treppenlauf später

Der Förderverein Finower Wasserturm und sein Umfeld e.V. hatte sich bereits im vorigen Jahr entschieden, den Treppenlauf in den Spätsommer zu verlegen. Nun wird der Lauf am Samstag, den 7. September stattfinden.

Ich bitte alle Interessierten sich den Termin frei zu halten und den Termin über die Stadtgrenzen hinaus zu kommunizieren. Bis nach Berlin und in benachbarte Landkreise. Infos findet man zeitnah auch auf der Homepage unter: www.wasserturm-finow.de. Wie in der Vergangenheit wird es am Rande etwas Kultur und Verpflegung geben.

RINGO WRASE

## Altanschießer-Unrecht wiedergutmachen

Der von BVB/Freie Wähler in den Landtag eingebrachte Antrag sieht ein Bündel an Maßnahmen zur Herstellung des Rechtsfriedens vor. So reagiert die Vorlage auf den derzeit unhaltbaren und der Landesregierung offenbar unbekanntem Zustand, daß Abwasserverbände aktuell auch nicht-gezahlte Beiträge vollstrecken. Obwohl zwischen allen Beteiligten Konsens war und auch die Landesregierung die Rechtsauffassung vertritt, daß zumindest jene, die nicht gezahlt hatten, auch nicht mehr bezahlen müssen, vollstrecken derzeit manche Verbände jene verfassungswidrigen, nicht-gezahlten Beiträge! Auf meine Anfrage hin bestritt die Landesregierung, Kenntnis von solchen Vorgängen zu haben. Daher muß nun mittels Antrages im Landtag reagiert werden.

Doch damit nicht genug: Die Verbände vollstrecken sogar mit einer um mehrere Jahre zurückwirkenden, 6%-igen Verzinsung. Dabei hat das Bundesfinanzministerium bereits vor mehr als einem halben Jahr per Runderlaß an alle Finanzbehörden die Weisung herausgegeben, aufgrund gravierender verfassungsrechtlicher Zweifel von einer 6%-Verzinsung Abstand zu nehmen.

Die Landesregierung räumte auf meine Anfrage ein, daß dies durch die Finanzämter Brandenburgs auch beachtet wird, durch die

Zweckverbände hingegen nicht. Denn just diese haben keine entsprechende Weisung erhalten. Dies hat zur Folge, daß betroffene Bürger selber wissen müssen, daß sie neben dem Widerspruch gegen ihren Bescheid einen zusätzlichen Sonderantrag auf Aussetzung der Zinshöhe stellen müssen. Ein unhaltbarer Zustand, der jedem Gerechtigkeitsempfinden widerspricht. Dies soll der aktuelle Antrag von BVB/Freie Wähler ebenfalls beenden.

Schließlich wird beantragt, das Hilfsprogramm für die Abwasserverbände so auszuweiten, daß auch jene Geld vom Land bekommen, die auch bestandskräftige Bescheide zurückzahlen wollen. Aufgrund des bisher sehr geringen Inanspruchnahmegrades hält das Land rund 150 Millionen Euro vor, die nur deswegen nicht ausgereicht werden können, weil das Land darauf beharrt, nur jenen Verbänden Geld zu geben, die nicht an alle Betroffenen zurückzahlen. Angesichts des weiterhin nicht bestehenden Rechtsfriedens in der Sache kann auch dies nicht so bleiben.

Der Landtag muß nach den vielen Jahren des unnötig geschaffenen Unrechts noch in dieser Wahlperiode ein Zeichen setzen, das der Frustration zigtausender, rechtswidrig belasteter Bürger ein Ende setzt.

PÉTER VIDA, MdL

## Am Ruhepol des Sturms

Im südlichen Teil des Blumenhags in Bernau – etwa zwischen Nelkenstraße und Heinersdorfer Straße – wurde vornehmlich nach der Wende so manches Haus neu gebaut. In diesem kleinstädtischen Ruhe-Paradies glaubt man noch an die heile Welt und daran, daß der vermehrte Verkehr auf ewig außen an den anderen Straßen vorbeifahren möge.

Die anderen Bernauer Siedlungen aber haben das Problem schon lange gegessen, und eingesehen, daß nichts so bleibt, wie es einmal war. Doch im südlichen Blumenhag ist der Glaube an die Gerechtigkeit noch so frisch wie die Baukredite. Sollen doch die anderen Stadteinwohner den Gestank und den Lärm ertragen, die sind es schließlich gewohnt.

Leider nutzen trotzdem findige Kenner der Ortslage diese Nebenstraßen rücksichtslos zur Durchfahrt. Zudem – an der Kreuzung Rosenstraße braut sich seit langem das Unheil zusammen. Schräg gegenüber entsteht der Neubau eines Altenheims sowie vis a vis des Forum-Einkaufszentrums wird samt Parkplatzzufahrt gar noch der NORMA-Markt abgerissen und viel größer neu gebaut.

Dort wo sich also die Stadt wie eine Stadt entwickelt, muß natürlich durchgegriffen werden. So unternimmt die Stadtverordnetenversammlung als Vertreterin blumenhagschen Verkehrswohls jetzt einen Versuch, der Intelligenz von Kraftfahrern auf der Suche nach Ab-

kürzungen Konkurrenz zu bieten. Bisher ging solches schief. Als die Verwaltung vor Jahresfrist die Zufahrt zur Rosenstraße zugunsten schlafender Anwohner verordnete, artete dies in politische Polarisierung aus. Eilschleunigst wurden die Schilder wieder abmontiert.

Doch Schilder kann man ja schrauben, wie man will, und so geht es seit dem 20. März in ein neues Rennen auf allen Bahnen. Die blumenhagsche Bettdecke wird sozusagen einmal mehr gelüftet, in dem gleich mehrere Zipfel gleichzeitig angehoben werden. An drei potenziellen Ecken wird die Zufahrt zum verkehrsfreien Schoße von außen abgewehrt. Das ist eine verkehrsregulatorische Sensation für Bernau, die solcher Art bislang nur Schönau anzubieten hatte. Wir werden ja hören, ob da noch ein Klagender anzutreffen ist. Eines ist auf jeden Fall schon mal sicher: Die verkehrsgeschwängerten Anwohner der Schönower, Heinersdorfer und Mühlenstraße sind bereits taub oder stumm. Deren Rufe über zuviel Verkehr hört schon lange keiner mehr.

THOMAS TOBLER

Nachtrag: Das Problem hat inzwischen auch die lokalen Medien in Bernau erreicht. Der Altstadt-Kurier berichtet, daß seit Tagen aufgebrauchte Bernauer protestierend anfragen, was dieser »Schildbürgerstreich« solle. Ein anderes Blatt berichtet, daß sich kaum jemand an die Sperrschilder hält.

Bündnis für ein demokratisches Eberswalde:

## Für sozial gerechte Mieten in Eberswalde

Wahlprüfsteine für die Kommunalwahlen 2019

**Die Wohnungspolitik ist deutschlandweit in die Schlagzeilen geraten. Auf dem Wohnungsmarkt werden Höchstgewinne erzielt. In Eberswalde sind die Mieten laut Mietenspiegel in den letzten zehn Jahren um etwa 30 % gestiegen. Im gleichen Zeitraum haben sich auch die Betriebskosten, insbesondere für Heizung, Strom und Gas beträchtlich erhöht. Nach Abzug der Kosten für das Wohnen bleibt den Bürgern immer weniger Geld zum Leben. Das schmälert den Wohlstand und bewirkt eine verstärkte Armut. Besonders sozial Schwache und ältere Menschen sind von Armut betroffen und können sich ihre Wohnung nicht mehr leisten.**

Andererseits hat die stadteigene Wohnungs- und Hausverwaltungsgesellschaft mbH Eberswalde in ihrer Satzung eine Verpflichtung, »...breite Schichten der Bevölkerung der Stadt Eberswalde mit Wohnungen zu sozial vertretbaren Mieten« zu versorgen. Tatsächlich aber ist sie als größter Vermieter in der Stadt mit ihrer Geschäftspolitik zugleich Preistreiber bei den Mieten. Vor diesem Hintergrund wird von den Wahlträgern und ihren Kandidaten für die Kommunalwahl 2019 die Aussage erwartet, ob und wie sie die Mietpreisentwicklung und die Betriebskosten im Wahlgebiet stoppen und für die Mieter sozial gerecht, verträglich und bezahlbar gestalten wollen.

### Entwicklung und Aufgaben der WHG

- Der Bürgermeister der Stadt hat als Gesellschaftervertreter der WHG **Einfluß auf die Geschäftspolitik der WHG für sozial gerechte Mieten** zu nehmen.
- Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung müssen dafür Sorge tragen, daß die **WHG ihren satzungsgemäßen Auftrag für sozial gerechte Mieten erfüllt**. Dazu sind ergänzende bzw. konkretisierende Satzungsregelungen zu beschließen:
  - Im Gesellschaftsvertrag ist **der Verzicht der WHG auf eine Gewinnerzielungsabsicht** festzuschreiben.
  - Der Mieterbeirat der WHG soll ein **Mitglied für den Aufsichtsrat** bestimmen können.
  - Die gesellschaftsrechtlichen Möglichkeiten sind für eine **maximal mögliche Transparenz** des Unternehmens zu nutzen.
  - Die Gesellschaftsform der GmbH schränkt Öffentlichkeits- und Mitbestimmungsrechte zu stark ein und sollte durch die **Gesellschaftsform »Eigenbetrieb« der Stadt Eberswalde** ersetzt werden.
- Die WHG ist in der Verantwortung, durch **treuhänderisches Handeln für die Mieter** und unter Beachtung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit auf die Minimierung der Betriebskosten hinzuwirken.
- Die WHG muß den Interessen der Eberswalder Bürger dienen, in erster Linie denen der Mieter der WHG. Die WHG darf daher keine Gesellschaft der Kapitalinteressen in rein privater Rechtsform (GmbH) sein, sondern muß einen kommunalen Charakter besitzen. Die Auslagerung der kommunalen Aufgaben in eine Gesellschaft in privater Rechtsform soll beendet werden und diese durch Übertra-

gung/Umwandlung in einen Eigenbetrieb von der Stadt direkt übernommen werden.

- Die Geschäftstätigkeit der WHG ist **auf die eigentliche Aufgabe der Wohnungswirtschaft zu beschränken**. Es sind alle Aktivitäten zu unterlassen, die das Betriebsergebnis zulasten der Mieter schmälern.
- **Grundlage der Wohnungsmieten der WHG muß die reale Kostenentwicklung sein**. Die einfache Anlehnung der Mietgestaltung an den Mietspiegel steht gegen den Grundsatz der Bereitstellung von Wohnungen mit sozialen Mieten. Als größter Vermieter in der Stadt hat **die WHG die Pflicht, dämpfend auf die Mietentwicklung in der Stadt zu wirken**.
- **Modernisierungsmaßnahmen müssen dem Wohle der Mieter dienen**. Maßnahmen zur Energieeinsparung bzw. anderer Betriebskostenarten müssen sich betriebskostensenkend für die Mieter auswirken.
- Da es keinen Wärme-Markt gibt, sollte die WHG die **Wärmeerzeugung innerhalb ihrer eigenen Objekte vornehmen (Nahwärme)**. Dadurch werden Leitungsverluste vermieden und Monopolpreise minimiert.

### Bremmung des Mietanstiegs

- **Verhinderung des weiteren WohnungsabrisSES**. Nutzung der derzeit leerstehenden Wohnungen durch Renovierung und Umnutzung.
- Erhaltung der Stadtstruktur zur **Vermeidung von Entschungen**.
- Bereitstellung von Bauland für den Wohnungsbau vorrangig für **gemeinnützigen und bezahlbaren Wohnraum**. Kein Verkauf von Bauland, sondern Anwendung der **Erbpacht**.
- Gewährleistung eines **Mietspiegels, der nicht durch die Vermieter spekulativ** beeinflusst wird.
- Gestaltung einer städtischen Infrastruktur, die einer **gleichmäßigen Entwicklung aller Wohngebiete** dient.

### Einflußnahme auf den Gesetzgeber

- Überwindung unwirtschaftlicher Bedingungen für den Wohnungsmarkt.
- Bedingungen für den Umgang mit den Altkrediten aus DDR-Zeiten ändern. Die **Altkredite dürfen nicht wie Fördermittel zum Wohnungsabriß wirken**.
- Änderungen des Kommunalrechts im Abschnitt 3 der Kommunalverfassung – Wirtschaftliche Betätigung – mit dem Ziel, **die demokratischen Rechte der Gemeinden und der Abgeordneten** zu stärken.

ALBRECHT TRILLER

## Kein Bericht aus Syrien



Foto: JÜRGEN GRAMZOW

Eine ältere Frau, die im Hof vom Fenster im 1. Stock zusah, meinte, das ist doch schade drum, das hätten sie doch sanieren können. An der Bushaltestelle unterhielten sich zwei Teenagerinnen: Hier reißen sie ja Wohnblöcke ab, dort hinten auch. Was soll das? Die Leute brauchen doch Wohnungen!

Zur Abrißstelle entwickelt sich ein lebhafter Sightseeing-Tourismus. Einwohner des Viertels wollen selber Zeuge werden. Ich sage zur ehemaligen Netto-Kassiererin, die mit Tochter zuschaut: *Ist schon brutal, das alles!* Sie: *Ist aber interessant!*

Heute morgen schleppt ein 10-jähriger Bengel eine schwere Einkaufstüte an der Abrißstelle vorbei. *Eine Sauerei ist das*, meine ich zu ihm. *Wieso*, entgegnet er, *hier bekommen wir dann einen größeren Spielplatz*. Die kleine Rutsche reiche doch nicht. Außerdem hätte in dem Haus ja niemand mehr gewohnt, und zieht von dannen mit seinem Beutel.

Der Cousin sagte, diese Abrißfehler hätten sie nach der Wende auch in Hellersdorf gemacht. Nun ist dort der Wohnraum knapp. In Prenzlauer Berg stünden 1.000 Leute bei einer Wohnungsbesichtigung vor der Tür! Da sucht sich der Vermieter das Beste heraus. Und wenn Investoren neue Wohnungen bauen, die natürlich teurer sind als die Umgebung, steige automatisch das Mietenniveau auch für das Umfeld. Das wäre unvermeidbar.

JÜRGEN GRAMZOW

## Im Verborgenen

### Verbrechen an Sinti und Roma in Bernau

Das Verbrechen an den Sinti und Roma in Bernau war der breiten Öffentlichkeit bisher verborgen. Allein im Stadtarchiv befand sich eine akribisch geführte Akte, die Einblicke ermöglichte. Das und viele andere Untersuchungen veranlaßten Herrn Dr. Korczak zu einer wichtigen Publikation zur Problematik des Umgangs mit den Sinti und Roma im Nationalsozialismus und darüber hinaus. Die brisanten Tatsachen gehen uns alle an.

Wir freuen uns, am 28. März um 19 Uhr Herrn Dr. Korczak im URANIA-Klub begrüßen zu können. Freuen Sie sich auf einen inspirierenden Abend im URANIA-KLUB, Eberswalder Str. 9 in Bernau bei Berlin. Der Teilnehmerbeitrag beträgt 3 Euro; Urania-Mitglieder, Besitzer des Sozialpasses sowie Studenten und Schüler zahlen 2 Euro. Keine Anmeldung notwendig. Kommen Sie einfach vorbei.

S. MAIER

Immer wieder gab es Berichte, daß Abschiebungsbescheide, deren Vollzug durch das Kirchenasyl abgewendet werden konnte, vor den Verwaltungsgerichten keinen Bestand hatten, weil sie schlichtweg rechtswidrig waren. Das warf ein bezeichnendes Licht auf die Arbeit des BAMF und so mancher Ausländerbehörde. In der letzten Legislaturperiode ging deshalb Bundesinnenminister de Maiziere in die Offensive und sprach davon, die Kirche stelle sich mit dem Kirchenasyl über die Rechtsordnung, das Kirchenasyl fuße auf einem Rechtsverständnis, das dem der Scharia vergleichbar sei. Es sei höchste Zeit, die Rechtsordnung wiederherzustellen.

In Wirklichkeit basiert das Kirchenasyl aber nicht auf einer kirchlichen Anmaßung eines eigenen (höheren) Rechts, sondern auf einer Übereinkunft der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz mit dem BAMF (2015) zur Vermeidung von unzumutbaren humanitären Härten in besonderen Einzelfällen. Zugleich wurden in dieser Übereinkunft die Verfahrensweisen bezüglich des Kirchenasyls formuliert und von beiden Seiten akzeptiert.

Kirchenasyle wurden dem BAMF angezeigt, inhaltlich begründet und von den Behörden respektiert. Wer im Kirchenasyl war, war vor Abschiebung sicher und spätestens nach sechs Monaten – nach Ablauf der Überstellungsfrist, wie es im Amtsdeutsch heißt – wurde der Selbsteintritt der Bundesrepublik Deutschland in das Verfahren verkündet. Die Flüchtlinge hatten dann Zugang zum Asylverfahren in der BRD, das vom BAMF durchgeführt wird.

Das Kirchenasyl stellt also keine Herausforderung des Rechtsstaats dar, sondern soll unter Berücksichtigung humanitärer Gesichtspunkte zur Korrektur falscher Entscheidungen beitragen. Zugleich hätte es auch zur Sensibilisierung der Mitarbeiter des BAMF für humanitäre Belange beitragen können, wenn man dies gewollt hätte.

Auf der Basis von Beschlüssen der Innenministerkonferenz wurde zum 1. August 2018 diese Verfahrensweise für das Kirchenasyl einseitig durch das BAMF verändert. Nach einer Meldung eines Kirchenasyls wird die Kirchengemeinde vom BAMF aufgefordert, binnen vier Wochen in einem Dossier darzulegen, weshalb eine Abschiebung eine besondere humanitäre Härte darstelle. Wenn das BAMF die Argumentation akzeptiert, wird die Abschiebungsverfügung zurückgezogen und der Zugang zum Anerkennungsverfahren ermöglicht, wenn nicht, sollte das Kirchenasyl binnen drei Tagen beendet werden. Andernfalls gilt der im Kirchenasyl Befindliche als flüchtig und die Überstellungsfrist wird auf 18 Monate ausgedehnt.

Die Gleichstellung von Kirchenasyl und Untertauchen, um sich einer drohenden Abschiebung zu entziehen, ist absurd und juristisch unhaltbar, schließlich ist der Aufenthaltort des von der Abschiebung Bedrohten den Behörden jederzeit bekannt. Inzwischen liegen mehrere Entscheidungen von Verwaltungsgerich-

## Das Kirchenasyl im Würgegriff

von BAMF, Strafverfolgungsbehörden, Finanzämtern und der Stiftungsaufsicht

**Das Kirchenasyl, durch das so manche Abschiebung verhindert werden konnte, war den Innenministern und dem BAMF (besser bekannt als Bundesbehörde zur Abwehr von Migranten und Flüchtlingen) schon immer ein Dorn im Auge. Die Zahl der ins Kirchenasyl Aufgenommenen war zwar stets überschaubar, aber die Behörden haben es nicht gerne, wenn Außenstehende und Betroffene sich einmischen.**

ten vor, in denen dieser Sachverhalt eindeutig geklärt wird. Unmißverständlich legt das VG Münster am 1. Februar 2019 (Aktenzeichen: 10 K 2168/18A) in den Entscheidungsgründen dar: »Das Begeben der Klägerin in Kirchenräume und die Anzeige dieses Ortswechsels gegenüber der Beklagten rechtfertigen es nicht, von einem Untertauchen der Klägerin auszugehen (vgl. den Beschluß des Gerichts vom 20.4.2018 – 10 L 384/18.A-). Die Klägerin ist auch nicht 'flüchtig' im Sinne von § 29 Abs.2 Satz2 Dublin III-VO.«

Diese Rechtsprechung harmoniert mit vielen weiteren Gerichtsentscheidungen in dieser Frage (VGH-Bayern, Beschluß vom 16.5.2018 – 20 ZB 18.50011, VG Trier, Beschluß vom 16.10.2018 – 7 L 5184/18.Tr.)

### Niederschmetternde Erfahrungen mit der neuen Praxis des BAMF

Inzwischen konnten im Barnim erste Erfahrungen mit der neuen Verfahrensweise des BAMF gemacht werden. Das BAMF, dem das Kirchenasyl von zwei Syrern, die nach Spanien abgeschoben werden sollten, gemeldet worden war, setzte sofort eine vierwöchige Frist zur Einreichung eines Dossiers, die die Weihnachtsfeier und Neujahr nicht berücksichtigte. In einem umfangreichen Dossier wurden die Gründe für die Flucht (z.B. Bürgerkriegssituation in Syrien 2012, Einberufung zum Wehrdienst in der syrischen Armee), die sechsjährige Fluchtgeschichte, die familiäre Situation, die Erfahrungen der Geflüchteten mit dem Asylsystem in Spanien und die aktuelle zugespitzte Situation von Geflüchteten und Abgeschobenen in Spanien dargelegt und auch mit aktuellen Pressemeldungen und amtlichen Dokumenten von insgesamt 20 Seiten belegt. Das Dossier wurde mit folgenden Schlußfolgerungen zusammengefaßt:

»Vor dem Hintergrund der Fluchtgeschichte der siebenköpfigen Familie, den persönlichen belastenden Erfahrungen von M. und A. mit dem spanischen Asylsystem und Flüchtlingsmanagement sowie angesichts des aktuellen Zusammenbruchs des Asylsystems in Spanien infolge der extrem stark angewachsenen Zahl der Ankömmlinge (Verdopplung im Jahr 2018 gegenüber der Zahl von 2017), der durch die Berichte der unabhängigen NGOs und der unabhängigen Medien gut doku-



Sicherheit hinter Kirchenmauern?  
Foto: Jürgen Gramzow

mentiert ist, stellt eine Abschiebung der beiden Brüder nach Spanien und das Auseinanderreißen der Familie A. eine besonders schwerwiegende, nicht hinnehmbare humanitäre Härte dar, weil eine Gefahr für Leib und Leben und die Menschenwürde der Betroffenen nicht ausgeschlossen werden kann.

Das BAMF ist in diesem Fall gut beraten, die Konsequenzen aus Ziffer 21 der Dublin III Verordnung zu ziehen und keine Abschiebungen nach Spanien zu vollziehen und vom Selbsteintrittsrecht der BRD Gebrauch zu machen.«

Das BAMF teilte mit, daß es der Argumentation nicht folge, die im Dossier genannten Fluchtgründe mögen

zwar triftig sein, aber das habe das BAMF nicht zu beurteilen, da die BRD nicht für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig sei. Die Zuständigkeit liege allein bei Spanien. Deshalb sei auch die sechsjährige Fluchtgeschichte irrelevant. Spanien habe alle relevanten Dokumente zum Flüchtlingsschutz unterzeichnet und der Durchführung eines Asylverfahrens für die Abzuschiebenden zugestimmt. Die Abzuschiebenden hätten also in Spanien nichts zu befürchten. Laut Dublin III-Verordnung seien erwachsene Kinder keine Familienmitglieder, so daß der Gesichtspunkt der familiären Zusammenführung nicht greife.

Die per E-Mail übermittelten Dokumente waren äußerst fehlerhaft, wie aus dem Absenddatum ersichtlich, in der Mittagspause schnell zusammengestoppelt.

Im zweiten Absatz der Mail war von einer Frau B. die Rede, die mit der Fluchtgeschichte der beiden Syrer nichts zu tun hatte. Hier war offenkundig ein Textbaustein aus einem anderen Verfahren in die Mitteilung gerutscht, denn es wurde versichert daß, »nach eingehender Prüfung ... keine besonderen Umstände des Einzelfalles und daraus resultierende Vollzugshindernisse zur Vermeidung von besonderen humanitären Härten zu Gunsten von Frau B. festgestellt werden.« Wie gesagt, die Frau B. hatte mit der Fluchtgeschichte der beiden Syrer nichts zu tun. Lapidar wurde noch mitgeteilt: »Die Prüfung auf individuelle Härten im Sinne der Vereinbarung zwischen den Kirchen und dem Bundesamt wird hiermit als abgeschlossen angesehen.«

Hier wurden zwei Aktenzeichen abgearbeitet, zügig und mit den Möglichkeiten der Mon-



tage von Textbausteinen mit copy und paste. Ohne darüber nachzudenken, was damit bewirkt wird, daß es um das Schicksal von Menschen in einer schwierigen Situation geht. Die beiden Syrer waren seit sechs Jahren auf der Flucht und es war ihnen gelungen, wieder zu ihrer Familie zu finden, von der sie 2015 wegen widriger Umstände auf der Flucht getrennt worden waren.

#### **Strafbare Beihilfe zu unerlaubtem Aufenthalt?**

Wenn der Schutzsuchende im Kirchenasyl kein Aufenthaltsrecht in der Bundesrepublik hat, dann verstößt er gegen das Aufenthaltsgesetz und die Kirchengemeinde, die ihm Asyl gewährt, macht sich der Beihilfe zum unerlaubten Aufenthalt schuldig. So die Lesart mancher Strafverfolgungsbehörde, die dann schon mal einen Strafbefehl, z.B. in Ludwigsburg über 1.200 Euro, ausstellt.

Die Staatsanwaltschaft Bad Kreuznach hat im Sommer 2018 einer Strafanzeige des Landrats Dr. M. Böhr des Rhein-Hunsrück-Kreises stattgeben und damit eine Durchsuchung von Pfarrhäusern und Privaträumen in fünf Kirchengemeinden dieses Kreises am 31.1.2019 ausgelöst, die neun Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Sudan Kirchenasyl gewährt hatten. Es ging angeblich um die Beweissicherung in Strafverfahren wegen unerlaubten Aufenthalts im Bundesgebiet und dessen Beihilfe. Die Beschlagnahme von Computern und kirchlichen Unterlagen auch sensiblen Inhalts (seelsorgerischer Art) ist der bislang eklatanteste Fall von Angriffen auf das Kirchenasyl.

#### **Konsequenzen der Kriminalisierung des Kirchenasyls**

Aber nicht nur das BAMF und manche Staatsanwaltschaften haben das Kirchenasyl im Würgegriff. Auch die Finanzämter, die die Abschlüsse der kirchlichen und kirchennahen Stiftungen prüfen, werden, wenn der Gedanke, daß sich die Unterstützer des Kirchenasyls strafbar gemacht haben, erst einmal etabliert ist, die Jahresabschlüsse der von ihnen geprüften Einrichtungen verweigern, soweit deren Finanzmittel für Aufwendungen von Kirchenasyl eingesetzt wurden.

Und auch die Stiftungsaufsicht in Brandenburg hat sich schon zu Wort gemeldet: Sie wies anlässlich der Prüfung des Jahresberichts einer Stiftung für 2017, in dem von der Gewährung von Kirchenasyl die Rede war, vorsorglich darauf hin, daß die Unterstützung des Kirchenasyls möglicherweise ein strafbarer Verstoß gegen das Aufenthaltsgesetz (Beihilfe zum unerlaubten Aufenthalt) sei, der dem Stiftungsgesetz des Landes Brandenburg widerspreche, in dem festgelegt ist, daß Stiftungen im Einklang mit den Gesetzen und der Stiftungssatzung zu verwalten sind. Ein strafbares Verhalten der Stiftungsorgane könne zu deren Absetzung, ja auch zur Aufhebung der Stiftung führen.

Werden hier nur die Daumenschrauben vorgezeigt, die man anlegen kann, oder ist das schon die Ankündigung für den Aufbau der Garotte?

HARTMUT LINDNER

## Befreiungsfeier in Ravensbrück

**Fürstenberg (bbp).** Zu dem 1939 bei Fürstenberg errichteten Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück gehörten auch zwei Außenlager in Eberswalde (Eisenspalterei) und in Finow (Waldeslust). Die KZ-Frauen waren zur Zwangsarbeit in den Rüstungswerken von Ardelet und Finower Kupfer- und Messingwerk abgestellt.

Zum Hauptlager Ravensbrück gehörte seit 1942 das sogenannte »Jugendschutzlager Uckermark«, in das vor allem Mädchen und junge Frauen eingesperrt wurden. Die SS ermordete im Frühjahr 1945 etwa 5000 Häftlinge aus Ravensbrück auf dem Gelände.

Die »Initiative für einen Gedenkort KZ Uckermark« setzt sich seit längerem für die Schaffung eines würdigen Gedenkorts auf dem Gelände des ehemaligen Jugend-KZ Uckermark ein.

»Wir sind ein antifaschistisch-feministisches Netzwerk«, heißt es in einer Mitteilung der In-

itiative. »Wir veranstalten jedes Jahr eine Befreiungsfeier auf dem Gelände, die am gleichen Wochenende mit der Befreiungsfeier in der Gedenkstätte Ravensbrück stattfindet.«

Bei der letzten Befreiungsfeier im April 2018 habe eine größere Anzahl polnischer Nationalisten die offizielle Gedenkfeier in Ravensbrück gestört.

»Inzwischen sind wir, gemeinsam mit der Gedenkstätte Ravensbrück im Austausch darüber, wie das zukünftig verhindert werden kann. Gemeinsam mit der Lagergemeinschaft/Freundeskreis, der deutschen Überlebendenorganisation, mobilisieren wir zur Befreiungsfeier am 13./14. April 2019. Dabei geht es uns vor allem darum, den anwesenden Überlebenden, ihren Angehörigen und politischen Freundinnen und Freunde ein würdiges Gedenken zu ermöglichen.« Dafür wäre es gut, so die Initiative, wenn möglichst viele Menschen kämen.

## Grundschüler zu Besuch im Landtag

**Biesenthal/Potsdam (bvb).** Rund 40 Biesenthaler Grundschüler waren am 28. Februar zu Besuch im Landtag. Auf Einladung des Landtagsabgeordneten Péter Vida (BVB/Freie Wähler) fuhren zwei sechste Klassen der Grundschule am Pfefferberg in die Landeshauptstadt Potsdam. Nach einer Führung durch das imposante Gebäude bekamen die interessierten Schüler im Plenarsaal einen Eindruck von der Arbeitsweise des Brandenburger Landesparlamentes. So erklärte Péter Vida die Funktionsweise von Regierung und Opposition und erzählte von

seinen Eindrücken aus gut vier Jahren Landtagsarbeit.

Besondere Neugier weckte die Arbeit der Stenografen, die jede Rede Wort für Wort mitschreiben müssen sowie die Frage, wie diszipliniert die Abgeordneten die Sitzungen verfolgen und wann die Landtagspräsidentin zur Ordnung rufen muß. Auch in der anschließenden Fragerunde zeigten sich die Grundschüler sehr wißbegierig. Von Fragen zu Schul- und Studienplätzen bis hin zum heiß diskutierten Upload-Filter fühlten sie dem Landespolitiker auf den Zahn.

Nach einem Mittagessen in der Landtagskantine machten sich die Schüler samt vielen Eindrücken auf den Heimweg nach Biesenthal.



Schüler der Biesenthaler Grundschule am Pfefferberg im Plenarsaal des Brandenburger Landtages.

FOTO: BVB/FREIE WÄHLER

## Nicht erreichbar...

»Herzlich willkommen bei der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg«, so heißt es auf der Webseite von der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg. Allerdings ist es mit dieser Herzlichkeit auf einmal vorbei, sollte man tatsächlich mal den Versuch unternehmen, per Telefon mit einem Mitarbeiter zu sprechen. So habe ich im Ende des Jahres sage und schreibe 42-mal zu unterschiedlichen Geschäftszeiten vergeblich versucht einen Mitarbeiter zu erreichen.

Eine per Post versandte Beschwerde an die Geschäftsführerin Sylvia Dünn wegen der schlechten Erreichbarkeit für Mitglieder und Außendienstmitarbeiter, blieb wie erwartet ohne Antwort. Wer ein Unternehmen wie der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg führt und nicht in der Lage ist, Mitglieder auch telefonisch zu beraten, der ist in diesem Amt wohl falsch.

GUIDO PENZ

## Rassismus in der BRD

**Eberswalde (bbp).** Die Wurzeln von Rassismus und seine Verflechtungen sind vielfältig, oft wenig sichtbar, aber seine Auswirkungen sind immer wieder ausgrenzend, erschreckend, bedrohlich, eine Gefahr für Leib und Leben, für die Demokratie und das friedliche Zusammenleben – in Neuseeland wie im Barnim.

Am 21. März gab es dazu in der Fachhochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde ein Gespräch mit dem Migrations- und Rassismusforscher Dr. Mark Terkessidis. Impuls und Gespräch zum Thema »Gehört der Rassismus zu Deutschland? Und wenn ja: was tun?«

## Keine Gefühle?

Für viele Menschen sind Gefühle ein Buch mit sieben Siegeln.

Wie entstehen Gefühle? Woher kommen Gefühle? Welchen Zweck haben Gefühle?

Gefühle haben eine wichtige Bewertungsfunktion im Leben. So ermöglichen es uns Gefühle, Entscheidungen auf der Basis der gesamten Lebenserfahrung zu fällen und somit selbstbestimmte Ziele zu verfolgen. Dazu ist es notwendig, Gefühle wahrnehmen und deuten zu können. Wenn wir z.B. ein negatives Gefühl wahrnehmen ist es wichtig, unterscheiden zu können, ob es sich um Wut, Angst, Trauer oder Müdigkeit handelt. Diese Unterscheidung ist für den Bereich der Kommunikation mit anderen Menschen wichtig, wenn es darum geht, mit dem gegenüber über die eigenen Gefühle zu reden.

Allerdings sind rund zehn Prozent der Menschen »gefühlsblind«, sie haben Probleme mit der Wahrnehmung von Gefühlen oder können einem Gefühl keinen Namen geben, wissen also z.B. nicht, ob es sich um Angst oder Trauer handelt. Deshalb neigen gefühlsblinde Menschen dazu, Details eines Ereignisses, anstelle von Gefühlen zu beschreiben. Weiterhin bringen gefühlsblinde Menschen ihre körperlichen Reaktionen häufig nicht mit Reaktionen auf ihr Gefühlsleben in Zusammenhang. So wird z.B. Herzrasen als ein körperliches Problem erklärt und nicht auf Angst, Liebe oder Streß zurückgeführt.

Unsere Gesellschaft, das Schulsystem und die Arbeitswelt sind stark verstandesorientiert aufgebaut und Gefühle haben hier nur wenig Platz.

Kriterien, die auf eine Gefühlsblindheit deuten sind z.B.:

- 1.) Schwierigkeiten Gefühle bei sich zu identifizieren (»Ich fühle nichts«)
- 2.) Schwierigkeiten Gefühlssignale bei anderen Menschen wahrzunehmen
- 3.) Schwierigkeiten Gefühle in Worte zu fassen
- 4.) Neigung Details zu beschreiben, anstatt Gefühle
- 5.) Wenig Phantasie, dadurch wird auch wenig geträumt.

Es müssen allerdings nicht alle Kriterien vorliegen, somit äußert sich Gefühlsblindheit ganz unterschiedlich.

Viele gefühlsblinde Menschen sind gut in das soziale Leben integriert. Gefühlsblindheit fällt nicht immer sofort auf den ersten Blick auf. Oftmals fällt es Betroffenen gar nicht auf, daß sie an Gefühlsblindheit leiden. Das Umfeld des Betroffenen und die Angehörigen, Familie und Freunde haben aber oft Schwierigkeiten beim Umgang mit den Betroffenen.

Der Heilpraktiker für Psychotherapie hilft den Betroffenen wieder Gefühle wahrnehmen, zu benennen und zu steuern. Hierzu wird ein spezielles Übungs-Programm durchlaufen.

## Finanz-Pool für Ausgleichsmaßnahmen

**Eberswalde (bbp).** Anfang März informierte Dr. Andreas Steiner darüber, »daß der Barnimer Flächenpool überaus voll ist von finanziellen Mitteln«. In diesen Flächenpool werden im Landkreis Barnim die Ausgleichszahlungen gesammelt, die hier agierende Investoren als Ablöse für nicht direkt geleistete Ausgleichsmaßnahmen für die Inanspruchnahme der Umwelt (gefallte Bäume, versiegelte Flächen usw.) zahlen müssen.

In dem Flächenpool sollten Ausgleichszahlungen vor allem für kleinere Bauvorhaben gesammelt werden, um zum einen eher sinnlose Kleinstmaßnahmen zu vermeiden und zum anderen Gelder anzusammeln, um damit auch größere Ausgleichsmaßnahmen bewerkstelligen zu können und auch unabhängiger in der zeitlichen Umsetzung zu sein. In der Praxis scheint das Ansammeln gut, das Verwenden des Geldes aber eher schlecht zu klappen.

Geld aus dem Flächenpool könne, so Dr. Steiner, auch jeder Privatmensch beantragen. Für einen Baum gebe es aktuell bis zu 40 Euro Förderung. Die Preise für Obstbäume beispielsweise, lägen meist deutlich darunter. Er schlug vor, Alleen oder Hecken anzulegen oder Solitär-bäume einheimischer Art in die Feldflur oder in den eigenen Garten zu pflanzen. »Baumpflanzung ist Umweltschutz für die Region und sollte unterstützt werden«, so Dr. Steiner.

Davor steht allerdings die Bürokratie. Der Baumexperte Dr. Günter Riedel hatte die Initiative aufgegriffen und wollte gemeinsam mit Eberswalder Gymnasiasten, die zunächst Feuer und Flamme waren, ein Pflanzprojekt organisieren. Die Gymnasiasten reagierten »ernüchtert« als sie erfuhren, daß nur quittungsbelegte Ausgaben für die Bäume bezahlt werden. Andere Ausgaben, wie für Baumpfähle, Bodenverbesserungen etc. werden nicht gefördert, wobei Ausnahmen möglich sind. Abschreckend für

die Gymnasiasten war vor allem die Bürokratie. Es ist ein zweiseitiger Antrag zu stellen und es darf erst nach Bewilligung gepflanzt werden. Das war für die zunächst stark engagierten Gymnasiasten zuviel.

Dr. Steiner zeigte sich enttäuscht, weil die Gymnasiasten noch nicht einmal mit Vertretern der unteren Naturschutzbehörde gesprochen und verhandelt hatten. »Da haben sie wohl das wahre Leben noch nicht richtig kennengelernt. Die gebratenen Tauben fliegen einem auf dieser Welt nicht in den Mund. Man muß sich schon ein bißchen rühren.« Mit 40 Euro pro Baum lasse sich durchaus etwas anfangen. Die Bodenverbesserung beschränkt sich im wesentlichen auf das Auflockern. Düngen sollte man das Pflanzloch ohnehin nicht, weil ansonsten die Wurzeln verbrennen könnten. Und so ein Baumpfahl sei billig im Baumarkt zu haben. »Man sollte es als gute Kofinanzierung sehen und nicht erwarten, daß einem jeder Bindfaden bezahlt wird«. Nachteilig gerade für die Initiativen von Jugendlichen ist indes, daß man in Vorleistung gehen muß und damit eine Unsicherheit bleibt, daß man die Maßnahme am Ende doch nicht gefördert bekommt. »Hier sollte die untere Naturschutzbehörde eine Garantie geben, daß man nicht hinterher eine Enttäuschung erlebt«, so Dr. Steiner.

Er gehe weiterhin davon aus, daß es sich nicht um einen Antragsprozeß handelt, der dem willigen Naturfreund Steine in den Weg legt. »Auf diese Weise würden die ihren Flächenpool nicht geschrumpft kriegen.« Dr. Steiner will seine Kollegen von BVB/Freie Wähler im Kreistag bitten, zum einen die konkreten Kriterien zu hinterfragen und zum anderen auf eine Erweiterung der Höchstförderungen hinzuwirken. »Die 'Investoren', so Dr. Steiner, »brauchen Sicherheit – und keine übersäumende Bürokratie«.

## Solidarität und Tanzen

Benefizkonzert für den Flüchtlingsfonds

**Eberswalde (bbu).** EMA YAZURLO und QUILOMBO SONORO aus Argentinien präsentieren ihr neues Album »Music y Amor« am 12. April erstmals auch in der BRD. Uns erwartet ein wilder Mix aus südamerikanischen Rhythmen zwischen Weltmusik, Cumbia, Reggae, HipHop, Rap und Electro Swing, dargeboten mit teilweise südamerikanischen Instrumenten wie der Charango oder Quatro.

EMA Yazurlo teilte die Bühne schon mit Bands wie: EMIR KISTRURICA, AMADOU & MARIAN, MÄD PROFESSOR, MOLOTOV, FISHBONE, LOS FABULOSOS CADILLACS, LA VELA PUERCA und dem DUBIOZA COLECTIV.

Das Konzert findet im Rahmen der Reihe TOHUWABUHU im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio statt. Beginn ist 20 Uhr, Einlaß ab 19 Uhr.

## Klage gegen den Landrat

**Eberswalde (bbp).** Die Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde« hat am 13. März in Sachen Bürgerbegehren wie angekündigt vor dem Verwaltungsgericht Klage eingereicht.

## Bäumetausch

**Eberswalde (bbp).** Das Tiefbauamt der Stadt Eberswalde hat per Aushangzettel bekannt gemacht, daß ab dem 25. März die Bäume auf dem Bahnhofsvorplatz ausgetauscht werden. Das Tiefbauamt bittet darum, daß keine Fahrräder an den Baumschutzgittern angeschlossen werden. Alle Räder, die noch an den Baumschutzgittern stehen, »werden kostenpflichtig entfernt und eingelagert«, heißt es abschließend. Die Gründe, warum die Bäume ausgetauscht werden, behielt das Tiefbauamt für sich.

## Waldstadt Eberswalde

Inwiefern kann dieser Anspruch noch lange aufrecht gehalten werden?

von Peggy Siegemund

**Berlin steht unter enormem Zuzugsdruck und mit der Mietraumverknappung gehen auch die Preise für das Wohnen in die Höhe. Bald ist Berlin das neue München, mit unerschwinglichen Preisen für noch so kleine Hinterzimmer. Jeder der es sich leisten kann zieht auf's ländliche Umfeld hinaus. Bernau quillt schon über und mit dem Zug ist man von Eberswalde in einer halben Stunde in der Hauptstadt. Auch hier wittert man noch ungeahnte Preise für Wohnraum und beginnt fleißig sämtliche Grünflächen zu Baugrund zu erklären, einzuplanieren und zu betonieren.**

Wir müssen schon auf den wachsenden Wohnraumbedarf reagieren, Eberswalde vergrößern und dringend bauen. Nur geschieht es irgendetwas ziel- und planlos.

Anstatt sich nach weiter außen zu orientieren und die Stadt wachsen zu lassen und schon bebauten Flächen zu sanieren, werden die letzten innerstädtischen Grünflächen zubetoniert. Wie im Fall des Westendhochhauses werden naturschutzfachlich wertvolle alte Bestände zerstört und damit das Klima, die Luft und der Geräuschpegel in der Stadt merklich verschlechtert. Auch der Zugang zur Natur wird dadurch für die Anwohner immer schwerer, wenn ganze Parkflächen zu Parkplätzen und Bauland erklärt werden.

Es werden keine Grünflächen mit eingepflanzt und oft nicht einmal ein bürgersteigbegleitender Grünstreifen installiert. Wir brauchen eine Art Plan, der die Natur vernünftig in die Waldstadt integriert, ihr Raum gibt. Wir brauchen ein vernetztes Stadtgrün für die Wohnqualität, das Klima und die Atemluft.

Um weiterhin eine grüne Stadt zu bleiben – ja es eigentlich erst einmal zu werden – tut es Not, das Stadtgrün als Kapitalerhöhungselement ins Augenlicht der Bauriesen zu setzen. Stadtgrün erhöht Wohnraumwert, nicht nur finanziell sondern auch qualitativ. Es wirkt sich auf die sommerliche Erhitzung von Gebäuden und auf die winterliche Abkühlung aus, indem

durch eine geschlossene Efeuschicht Kühl- und Heizkosten erspart werden und die Fassade, die hinter einer dicken Efeuschicht nahezu ewig erhalten bleibt.

Schon 25% begrünte Fassadenflächen an Häusern sorgen für wahrnehmbare und meßbare Schalldämmung von Verkehrslärm und eine spürbare Verbesserung des Straßenklimas und der Atemluft. Viele Menschen haben Hunde und Katzen, die wirklich dankbar über durchgängig begrünte Seitenstreifen von Bürgersteigen, Radwegen und Straßen wären. Auch Igel, Hasen, Bienen und Schmetterlinge könnten sich leichter an die Umstellung von Eberswalde zu einer Großstadt gewöhnen.

Wir haben an diesem Ort die grünste Hochschule Deutschlands und davon wird auf der Seite der Stadtväter keinerlei Notiz genommen. Viele Abschlußarbeiten zum Thema Artenschutz und Biodiversitätserhalt verderben ungelesen in der Hochschulbibliothek.

Sämtliche Warnungen und Ideen der Wissenschaftler und Studenten werden in den Wind geschlagen und wertvoller alter Baumbestand, gänzlich ohne Auflagen an die Bauherren als Bauland verkauft (siehe die Westendhochhäuser samt Einkaufspassage).

Dabei könnte man ökologisch von den Bauherren so einiges abverlangen. Zum Beispiel, daß wenigstens Teile des Grundstücks unversiegelt bleiben und Hauswand- und Dachbe-

grünung als Pflicht für alle Neubauten gelten und vieles mehr. Dafür ist Politik schließlich da, um uns (und die Häuslebauer) dazu zu bringen, die Dinge besser und nicht einfach nur alles kaputt zu machen.

Persönlich finde ich auch, daß es in dieser Frage schon lange nicht mehr ums Wollen gehen sollte. Häuser gehören begrünt, durchgängig igelsichere Straßenränder bei allen Siedlungen mit eingepflanzt. So wie man Radwege anlegt, müssen Korridore für Tiere und Pflanzen angelegt werden und an jedem innerstädtischen Straßenrand Wiesenstreifen mit Bäumen und Sträuchern zu finden sein.

Zuletzt, aber als einer der wesentlichsten Punkte für den langfristigen Arterhalt, gilt es, für jede Stadt einen Wildwechsel über die Hauptverkehrsadern zu installieren. Als ein Punkt wo der Mensch der Natur begegnen kann und als Zugeständnis an Pflanzen und Tiere, für alles was wir ihnen nehmen. Im Zuge des menschlichen Infrastrukturausbaus ist es das Mindeste, anderen Arten ebenfalls Wandermöglichkeiten und Freiraumflächen zu bieten. Wir könnten einen großen Beitrag zum Arterhalt leisten, wenn wir dem Wild, das in unseren Wäldern wohnt, zu wechseln gestatten. Bei all dem Verkehr auf der Hauptstraße und den einbetonierten Kanälen, würden verknüpfte Wildtierbrücken über die Eisenbahnstraße, den Finow- und den Oder-Havel-Kanal eine große Hilfe für den Arterhalt vieler Pflanzen und Tiere sein können uns nebenbei noch schöne Ausflugsziele für eine Radwanderung bieten.

Ein vernünftiges Siedlungsgrün und sinnvoll angelegte Wildtierbrücken können dafür sorgen, daß die Lebensqualität in unserer Stadt sich erhöht und daß die Artenvielfalt diese in so kurzer Zeit über sie hereinbrechende Menschenflut überlebt. Den Menschen die Natur vor die Haustür zu legen, kann aus Eberswalde eine grüne Großstadt machen, die ihrem Ruf eine Waldstadt zu sein, noch lange Zeit gerecht werden kann.

PS.: Auf einer Versammlung über Mobilität sprach ich den Wildwechsel an. Darauf wurden genau zwei Fragen laut: »Will man Tiere aus einer Stadt nicht heraushalten?«, fragte der eine und ein anderer kicherte: »Man stelle sich vor, sie blieben hier!«

Erstens: Nein, wir können die Tiere nicht mehr überall ausmerzen wo wir hinkommen und sollten uns vielmehr bemühen mit den Schulklassen Vogelnistkästen und Unterschlupfe für Steinmarder, Igel und Fledermäuse zu bauen, Anwohner in Artenschutzprojekte einbeziehen und all unser Bemühen vor allen Dingen darauf ausrichten die Natur in die Städte zurück zu holen.

Wenn wir die Artenvielfalt wirklich retten wollen, so müssen wir lernen, mit ihr zu leben und ihr in unserer Welt ihren Platz einzuräumen. Um also auf die zweite Frage zu antworten: Ja, genau das müssen wir uns vorstellen.

### Allein die Hauswandbegrünung kann einiges leisten. Pflanzen an der Hauswand sind gut:

1. Gegen Nasseschäden – Haftwurzeln (bsp. Efeu) entziehen dem Mauerwerk Feuchtigkeit, manchmal werden mit intensiver Efeubegrünung feuchte Wände trocken gelegt.
2. Als Kälteschutz – durch Wärmedämmung werden Heizkosten von 5-35% eingespart. (kommt auf die dicke der Begrünungsschicht an, 30 cm sind anzustreben für ein optimales Ergebnis).
3. Für Wärmeschutz – das Aufheizen durch direkte Sonneneinstrahlung wird enorm gemindert. (unbegrünte Flächen heizen sich auf bis 80 Grad; begrünte nicht mehr als 30 Grad).
4. Als Wetterschutz gegen Wind und alle Arten von Niederschlag (Häuserwände sind mit 7 cm Begrünungsdicke schon immer trocken) Pflanzen schützen vor Regenaufprall, entziehen dem Boden die Feuchtigkeit und verdunsten sie an die Stadtluft, wobei stickige Luft abgekühlt wird.
5. Zur Luftreinigung – 70% weniger Staub und Abgas-Smog in Baumalleen, der gleiche Effekt kann durch eine Fassadenbegrünung erreicht werden, sie schützt zusätzlich vor aggressiven Luftschadstoffen.
6. Für die Klimaverbesserung – ungesunde Stadtluft anfeuchten und kühlen (bereits eine 5%ige Begrünung von Gebäuden in der Stadt, würde das Klima nachhaltig verbessern).
7. Zur Sauerstoffproduktion – bei Verbrennungsprozessen (durch Fabriken, Autos, Heizungen) wird Sauerstoff verbrannt und Kohlendioxid frei. Pflanzen nehmen Kohlendioxid auf und wandeln ihn in Sauerstoff um. Die Folge ist eine merkliche Verbesserung der Stadtluft.
8. Zur Kostensenkung – Eine Begrünung Efeu kann Heizkosten um ein Drittel senken und eine Kühlung im Sommer unnötig machen; sie senkt somit den Verbrauch von Öl/Gas & Kohle.
9. Für den Artenschutz – Städte können ca. 2.500 Wildtierarten Lebensraum bieten, wenn man ihn den Tieren einräumen würde.
10. Für Lebensqualität – Steigerung der Wohnqualität.

Quelle: Rudolf Schreiber: Tiere auf Wohnungssuche, dt. Landwirtschaftsverlag

Das Zepter wurde inzwischen an Sie übergeben. Genau wie Ihr Vorgänger möchten auch Sie auf ihrer Webseite die Bürgerinnen und Bürger wieder für dumm verkaufen, da Sie genau wie Ihr Vorgänger verkünden, alle Fragen von Bürgerinnen und Bürger angeblich gerne zu beantworten. Leider haben auch Sie als neuer Landrat bis heute nicht öffentlich Stellung zum Datenschutzmißbrauch im Jugendamt Barnim genommen!

Deshalb, Herr Kurth, möchte ich Sie gemeinsam mit weiteren Mitstreitern bitten, das Amt des Landrates abzugeben.

Über Jahre hinweg wurde der Datenschutz im Jugendamt Barnim nicht eingehalten. Wie jetzt durch eine Anfrage des Kreistagsabgeordneten Peter Vida bekannt wurde, sind erst nach meiner Meldung beim Datenschutzbeauftragten des Landes Brandenburg angeblich Konsequenzen gezogen wurden. Angesichts dessen sind die Sachbeschädigungen an Fahrzeugen und Übergriffe auf Anzeigenerstatter jetzt mit ganz anderen Augen zu betrachten! Die Ermittlungsverfahren bei angezeigten Sachbeschädigungen wurden zwischenzeitlich von der Staatsanwaltschaft meist eingestellt, da der oder die Täter nicht ermittelt werden konnten. Nie im Leben hatten die Anzeigenerstatter daran gedacht, daß ihre Namen und die von ihnen geschriebenen Anzeigen vom Jugendamt an Gefährder weitergegeben werden.

Herr Landrat Kurth, wie und wann wollen Sie sich für diesen Datenmißbrauch gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern verantworten?

Wir betrachten einmal die Niederschlagsmenge in einem, Jahr. Diese Niederschlagsmenge hat sicherlich keinen Einfluß auf den Niederschlag im folgenden Jahr, und die Niederschlagsmengen in den einzelnen Jahren sind sicherlich zufällig und voneinander unabhängig. Schauen wir beispielsweise einmal auf die maximalen Niederschläge. Wenn die Aufzeichnungen beginnen, dann ist bereits die erste Aufzeichnung ein Rekord. Im zweiten Jahr der Aufzeichnung kann der Niederschlagswert höher oder niedriger als im ersten Jahr sein. Die erwartete Anzahl eines Rekordjahres nach zwei Jahren Aufzeichnungen beträgt  $1 + \frac{1}{2} = 1,5$ .

Nach dem dritten Jahr gibt es bei drei möglichen Anordnungen eine für einen Rekord, was zur Folge hat, daß nach drei Jahren die erwartete Zahl der Rekordjahre  $1 + \frac{1}{2} + \frac{1}{3} = 1,833$  beträgt. Setzen wir dieses Verfahren fort, so erhalten wir für n Jahre  $H(n) = 1 + \frac{1}{2} + \frac{1}{3} + \dots + \frac{1}{n}$ .  $H(n)$  stellt eine harmonische Reihe dar, die bekanntermaßen divergent ist. Das bedeutet,  $H(n)$  ist nicht beschränkt und kann für große Werte von n, also viele Beobachtungen, jeden noch so großen Wert annehmen, oder auf die Niederschlagswerte bezogen, es gibt mit zunehmender Aufzeichnungsdauer weiterhin Rekordjahre. Diese Überlegung bezieht sich nur auf die maximalen Niederschlagswerte. Gleiches kann man auch für die

## Datenmißbrauch im Jugendamt

Offener Brief an den Barnimer Landrat Daniel Kurth (SPD)

**Im Fall des Jugendamtes Barnim, wurde vor einem Jahr Ihr Vorgänger im Amt Landrat Bode Ihrke (SPD) über den fehlenden Datenschutz des ihm unterstellten Jugendamtes informiert. Auf seiner damaligen Webpräsenz hat er allen Bürgerinnen und Bürgern bei Fragen eine Antwort zugesichert. Es blieb beim Warten auf eine Antwort...**

Wollen Sie den Datenmißbrauch im Jugendamt wie Ihr Amtsvorgänger durch Nichtstun aussitzen?

Daß infolge der Datenweitergabe, die Sie als Landrat mitzuverantworten haben, gegebenenfalls sogar Kinder gemobbt werden, ist durch Sie ja offensichtlich durchaus gewollt.

Mein Fragenkatalog zum Datenmißbrauch im Jugendamt lautet wie folgt:

– Welche Maßnahmen werden zukünftig unternommen, um Gefahrenmelder besser zu schützen und wie werden diese Schutzmaßnahmen überprüft?

– Warum hat der ehemalige Landrat Bodo Ihrke nicht auf den Hinweis zum Datenschutzmißbrauch im Jugendamt Barnim reagiert?

– Wurden Sie als der neue Landrat über die Vorkommnisse informiert und was sind Ihre Konsequenzen?

– Wie werden die Kindeswohl-Gefahrenmeldungen im Nachgang behandelt? Welche Informationen erhalten die weiterführenden sozialpädagogischen Organisationen und Familienhilfen.

– Wie und mit welchen Mitteln möchte man in Zukunft die Weitergabe von nicht anonymi-

sierten Gefahrenmeldungen unterbinden?

– Warum haben das Jugendamt bzw. die sozialpädagogischen Einrichtungen überhaupt die Daten eines Gefahrenmelders an einen Gefährder weitergeben? Welche Absicht wurde mit der Weitergabe verfolgt?

Herr Daniel Kurth, ich möchte von Ihnen eine öffentliche Stellungnahme und – ganz wichtig – ich möchte, daß Sie das Personal im Jugendamt schnellstmöglich aufstocken und schnellstens für entsprechende Schulungen im Umgang mit sensiblen Daten sorgen.

Es ist sehr beängstigend, als Gast im Foyer des Jugendamtes zu sitzen und die Mitarbeiter des Jugendamtes zu beobachten, welche Familien helfen sollen und aus ihrem Zimmer kommen mit den Worten: »Ich habe gleich den nächsten Termin. Wie kann ich Ihnen helfen?«. Das hat nichts mit Familienwohl zu tun! Diese Art des Umganges mit Menschen die Hilfe suchen, ist menschenverachtend!

Herr Kurth, wir fordern die öffentliche Aufarbeitung des Datenschutzmißbrauches in ihrem Haus! Uns scheint, daß die soziale Ader der SPD doch gar nicht so sozial ist!

GUIDO PENZ

## Die harmonische Reihe

**Am 25. und 26. Juli des Jahres 2017 regnete es stark. Darüber berichteten die Qualitätsmedien der BRD. Ausnahmslos verwiesen diese bei der Berichterstattung im Zusammenhang mit dem zweifellos extremen Witterungsereignis auf den Klimawandel. Aber ist das wirklich eine Folge des Klimawandels?**

minimalen Niederschlagswerte oder die Merkmale Temperatur oder Windgeschwindigkeit anstellen. Ebenso kann man den Betrachtungszeitraum auf Monate oder Wochen reduzieren, um Rekordwochen oder Rekordmonate zu erhalten. Zusammengefaßt kann festgestellt werden: Auch ohne den Klimawandel wird es zukünftig beim Wetter Rekordjahre und Rekordmonate geben.

Ein zweites Beispiel: Bekanntermaßen steuert die EZB eine Teuerungsrate, oder Inflationsrate, von 2 % an. Abgesehen von den Schummelleien bei der Messung, was bedeutet das? Wir machen einmal ein Gedankenexperiment. Wir betrachten den Preis von einem Erzeugnis, das in einem Jahr 1 Euro kostet. Im folgenden Jahr steigt der Preis um 1 Euro, also kostet das Erzeugnis 2 Euro. Die Inflationsrate beträgt 100%. Im darauf folgenden Jahr erhöht sich der Preis des Erzeugnisses wieder um 1 Euro, so daß es dann 3 Euro kostet, was eine Inflationsrate von 50% zur Folge hat. Im anschließenden Jahr kostet dann das Erzeugnis 4 Euro, was eine Inflationsrate von 33,33% bedeutet, usw. Die Summe der Inflationsraten

bildet ebenfalls eine harmonische Reihe. Diese Vorgehensweise ist in der nebenstehenden Tabelle dargestellt.

Man kann diese Tabelle bis ins Unendliche fortsetzen. Wie man leicht sieht, konvergiert die Inflationsrate gegen Null. Sie wird irgendwann sehr klein sein. Der Preis des Erzeugnisses wird jedoch Unendlich werden! Leider hat diese Erkenntnis praktische Anwendungen.

Die Bundestagsabgeordneten wollen die Erhöhung ihrer Diäten an die Inflationsrate anpassen, oder die Erhöhung der Zwangsabgabe für jeden Haushalt in der BRD soll entsprechend der Inflationsrate folgen.

Preis	Inflationsrate
1	
2	100,00%
3	50,00%
4	33,33%
5	25,00%
6	20,00%
7	16,67%
8	14,29%
9	12,50%
10	11,11%
...	
44	2,33%
45	2,27%
46	2,22%
47	2,17%
48	2,13%
49	2,08%
50	2,04%
...	

Dr. ULRICH POFAHL

## »Kirche mit Mission«

**Der Evangelische Kirchenkreis Barnim diskutierte auf seiner Frühjahrssynode über Wege, wie Christen im Barnim christliches Leben in die Gesellschaft tragen können.**

Die Synode des Kirchenkreises Barnim versammelte sich am 16. März in Lichterfelde zu ihrer diesjährigen Frühjahrstagung. Im Mittelpunkt stand die Frage, in welcher Weise Kirchengemeinden ihren missionarischen Auftrag in den Blick nehmen. Sie nimmt damit Bezug auf die erste von zehn Thesen der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) für den weiteren Reformprozeß mit Blick auf die »Kirche morgen«.

Demnach sind wir eine »Kirche mit Mission«, was auch beinhaltet, daß christlicher Glaube dazu motiviert und auch stärkt, das Evangelium zu verkünden, zur Gemeinschaft einzuladen, die christliche Lehre weiterzugeben, Seelsorge zu üben und zur Nächstenliebe zu motivieren. Das Bekenntnis zu diesem Glauben umfaßt auch den Einsatz für die Bewah-

rung der Schöpfung und die Achtung der Menschenrechte.

Mit dem Impulsreferat »*Kirchliche Relevanzpunkte in wechselnden Sozialräumen, eine missionarische Perspektive für den Kirchenkreis Barnim*« erläuterte Pfarrerin Michaela Fröhling, Referentin für den Missionarischen Dienst der EKBO im Berliner Missionswerk, die Konsequenzen und Möglichkeiten dieser These für das Handeln der Gemeinden vor Ort. In einer immer stärker kirchenfernen Gesellschaft gehen Wissen um und Verständnis für christliche Überlieferungen und Überzeugungen immer mehr verloren. Es gilt Antworten zu finden auf die damit verbundenen Fragen und Möglichkeiten auszuloten, was Christinnen und Christen daran ändern können.

HARRO SEMMLER

## Religiöse Minderheiten in Eberswalde

**Eberswalde (bbp).** Die evangelischen Christen setzen auf Mission, um ihre Ideologie in der Gesellschaft zu verbreiten. Die Kirche verfügt zwar über einen materiell gut ausgestatteten Apparat, aber im Osten Deutschlands kaum noch über Kirchensteuer zahlende Mitglieder und noch weniger über aktive Gläubige. Im Brandenburgischen Viertel sind zumindest die aktiven Christen, selbst wenn man alle christlichen Sekten zusammenzählt, nur eine verschwindende Minderheit.

Zulauf bekam die hiesige Gemeinde ab den 1990er Jahren durch Einwanderer aus der einstigen Sowjetunion und dem von Bürger- und NATO-Kriegen heimgesuchten Jugoslawien. Gegenüber der atheistische Mehrheit der Bevölkerung blieben die hiesigen Christen den-

noch in der Minderheit. Aktuell sind sie im Brandenburgischen Viertel sogar auf dem Weg, die kleinere religiöse Minderheit zu werden.

Inzwischen etablierte sich hier auch eine muslimische Gemeinde, deren Gläubige mittlerweile zum Freitagsgebet auch nicht mehr nach Berlin-Neukölln in die Moschee müssen. Sie nutzen hier eine Turnhalle, um freitags zu ihrem Gott zu beten. Rund 100 Muslime kommen dort regelmäßig zusammen. Damit übertreffen sie den üblichen Zulauf der christlichen Gemeinde um einiges. Lediglich zu den christlichen Höhepunkten wie Weihnachten und Ostern kann sich auch die christliche Gemeinde über stärkeren Zulauf freuen. Ungeachtet dieser Änderungen bleiben beide Religionen auch in der Summe nur Minderheiten.

Buchtipp:

## Manifest der demokratischen Zivilisation

Abdullah Öcalan, bis zu seiner Entführung im Februar 1999 Vorsitzender der PKK, gilt nach wie vor als Vordenker und wichtigster politischer Repräsentant der kurdischen Freiheitsbewegung. In etwas mehr als drei Jahren (2007–2010) hat Öcalan mit seinem »*Manifest der demokratischen Zivilisation*« ein fünfbandiges Opus Magnum geschrieben, in dem er seine Erfahrungen und Erkenntnisse aus 35 Jahren radikaler Theorie und revolutionärer Praxis zusammenfügt. Indem Öcalan scheinbar unterschiedliche geschichtliche Entwicklungen in der Welt aufeinander bezieht und sie zu einem Hauptstrom der Zivilisation zusammenführt, bereitet er einer Soziologie der Freiheit den Boden. In diesem Frühjahr ist im Unrast-Verlag der zweite Band in deutscher Übersetzung erschienen. Darin kritisiert Öcalan die kapitalistische Moderne als vorläufigen Endpunkt der

Geschichte und weitet dabei den Blick auf die zugrunde liegenden Strukturen aus. Er verweist auf das zunächst fortschrittliche Potential des Kapitalismus, der für die Abschaffung des Feudalismus und der letzten Sklavenhaltersysteme stand, und beschreibt im Weiteren dessen reaktionäre Entwicklung durch die Idee des Nationalstaats, den historischen Nationalismus und den Faschismus.

ABDULLAH ÖCALAN: Manifest der demokratischen Zivilisation. Bd. I: Zivilisation und Wahrheit – Maskierte Götter und verhüllte Könige, übersetzt von Reimar Heider | mit einem Vorwort von David Graeber, ISBN 978-3-89771-073-3 | 264 Seiten | 18 Euro. Bd. II: Die Kapitalistische Zivilisation – Unmaskierte Götter und nackte Könige, übersetzt von Reimar Heider | mit einem Vorwort von Rahda D'Souza. ISBN 978-3-89771-074-0 | 384 Seiten | 18 Euro. Unrast Verlag | Fuggerstraße 13A | 48165 Münster | www.unrast-verlag.de.

## Integrationsmanager

**Eberswalde (prest-ew).** Bereits seit Anfang des Jahres gibt es mit Sergey Moiseenko einen Integrationsmanager im Brandenburgischen Viertel von Eberswalde. Seine Tätigkeit konzentriert sich vorrangig auf die Integration von Flüchtlingen. Er bietet Orientierungsgespräche für Geflüchtete, unter anderem zum Thema Arbeitsmarkt und berufliche Zukunft an. Dabei unterstützt er Geflüchtete bei der Suche nach Ausbildungs- und Arbeitsplätzen und ist auch bei der Erstellung der Bewerbungsunterlagen behilflich. Zusätzlich hilft er bei der Kommunikation mit Behörden und führt Workshops sowie Infoveranstaltungen zum Thema Arbeit in Deutschland durch.



Foto: PREISSTELLE DER STADTVERWALTUNG EBERSWALDE

»Dank des Förderprogramms »Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten – Vielfalt als Chance« des Europäischen Sozialfonds und des Landes Brandenburg konnten wir mit Sergey Moiseenko einen konkreten Ansprechpartner vor Ort installieren, der Geflüchteten aktiv mir Rat und Tat zur Seite steht«, so Wirtschafts- und Sozialdezernent Prof. Dr. Jan König. »Das ist ein wichtiger Beitrag zur Integration hier in Eberswalde.«

Sergey Moiseenko lebt seit sechs Jahren in in der BRD, hat in Jena Interkulturelle Kommunikation studiert und war zuletzt mehrere Jahre in einem Projekt mit Flüchtlingsbezug in Berlin tätig.

Bürgerzentrum im Brandenburgischen Viertel, Schorfheidestr. 13, 16227 Eberswalde, Tel.: 03334/818245, eMail: s.moiseenko@eberswalde.de. Sprechzeiten: Mo + Mi: 10-13 und 14-17 Uhr. An anderen Tagen nach Vereinbarung.

## Zittern in der Wertegemeinschaft

Sagt mir ein Bekannter, daß seine beiden älteren Schwestern superreich seien und wenn im Fernsehen die Börsenberichte kämen, würden die beiden vor lauter Angst zittern, daß ihre Millionen Schaden nehmen könnten.

Ja so ist das mit dem Zittern. Obdachlose, suchen sich mit ihren Schlafsäcken ein paar trockene Ecken, wo sie sich warm zittern müssen. Sie haben keine Millionen, es fehlt ihnen das Geld, um sich eine einfache Wohnung zu mieten. Wir leben in einer »Wertegemeinschaft«, heißt es. Darüber könnte man lachen. Aber ihr wüßtet bestimmt, wie man die beiden Schwestern und die vielen Obdachlosen vom Zittern befreien kann...

denkt die rote Oma ELISABETH MONSING

Um 6.15 Uhr müssen wir an der Busstation sein. Na prima, nun müssen wir uns im Dunkeln fertigmachen. Zum Glück hat Hartmut auch daran gedacht: Zwei helle Lampen genügen für unser Vorhaben.

Vor dem Büro für die Busfahrkarten stehen schon eine Menge Leute. Weil der Strom fehlt, wird bei den Fahrkarten improvisiert: Wir bekommen gar keine – unser Zettel mit den Daten zu Tag, Uhrzeit, Name, Ziel, Preis und Reisebüro genügt. Prima, das hätten wir also auch geschafft.

Auf geht es nach Cienfuegos, die 3. Station unserer Rundreise. Der Bus fährt wie gewohnt pünktlich ab. Die rund 400 Kilometer lange Fahrt durch die schöne Landschaft Kubas entschädigt für den Streß der Nacht. Wir fahren auf die Autobahn südlich von Havanna, entlang eines Gebirgszuges. In den Bergen regnet es und bald entsteht ein kräftiger Regenbogen, den wir noch lange sehen.

Erstaunlich ist, daß der Bus immer wieder Leute mitnimmt und sie irgendwo wieder aussteigen läßt. Dennoch sind wir ganz pünktlich in Cienfuegos. Ich suche gleich mal den Fahrkartenschalter. War nicht schwer zu finden. Ein Kubaner will uns unbedingt zur Casa bringen. Und Hartmut sagt wirklich ja. Erstaunlich, wo er sonst jeden CUC umdreht. Ich bin froh darüber, denn die Stadt ist eng bebaut, mit vielen Straßen und die Luft ist stickig.

Cienfuegos liegt an der Südküste Kubas, aber nicht direkt, sondern an der 88 Quadratkilometer großen Bahia de Jagua, die vom offenen Meer nur über einen 3,5 Kilometer langen und an der schmalsten Stelle 300 Meter breiten natürlichen Kanal zu erreichen ist.

Die Casa selbst ist großzügig. Unser Zimmer ist in der ersten Etage. Wir werden herzlich begrüßt und Emilio bringt meinen Koffer die enge Treppe hoch. Darüber bin ich sehr dankbar. Emilio schaltet WLAN an und wir senden wieder die wichtigsten Informationen nach Hause.

Danach suchen wir uns in der »Malecón« von Cienfuegos ein kleines nettes Restaurant und essen sehr gut – bezahlen auch entsprechend. Witzig ist ein Papagei, der oben am Eingang sitzt und im Restaurant frei herumläuft.

Am nächsten Tag wollen wir einige Sehenswürdigkeiten aufsuchen, die im Reiseführer beschrieben sind: Palace de Valle, Kathedrale, Palace de Ferres, Triumphbogen und Park José Martí. Das historische Stadtzentrum ist seit 2005 Unesco-Welterbe.

Wir starten per pedes zu unserer Stadtbesichtigung und laufen die Paseo El Prado (Malecón) entlang bis zum Palace de Valle: Ein sehr schöner Bau, auf einer in die Bucht reichenden Landzunge im Süden von Cienfuegos gelegen, der trotz Restaurierung besichtigt werden kann. Wir zahlen pro Person 4 CUC und bekommen ein Getränk dafür. Der Blick über Cienfuegos und die Bahia de Jagua (Foto oben) ist herrlich. Im Dunst kann man links hohe Berge sehen. Rechts von uns stehen Türme. Sie könnten zur Raffinerie gehören.

### Rundreise auf der kubanischen Insel (3):

## Cienfuegos – die Perle des Südens



**Die Sachen schon gepackt. Die letzte Nacht in Viñales. Ein dumpfer Knall läßt mich hellwach werden. Ich brauche nicht lange, um zu merken, was passiert ist: Stromausfall. Unsere Klimaanlage ist still und draußen ist es stockfinster.**

Wir gehen noch weiter zur Spitze der Landzunge. Ein Turm wie von einer Burg oder Festung zieht uns magisch an. Leider ist es nicht die erhoffte Festung, die hier in Cienfuegos existiert, sondern ein wunderschönes Haus, in das wir aber nicht reinkommen. Dafür können wir das Wasser testen: Es ist recht warm. Hartmut tippt auf 26 Grad – wie die Lufttemperatur.

Für den Weg zurück probieren wir den Bus aus, den auch die Einheimischen nutzen. Der Bus dreht seine Runde nach rechts am Stadion vorbei und dann raus aus Cienfuegos am Wasser entlang zum nächsten Ort. Schnell steigen wir aus. Nun heißt es wieder zurücklaufen. Es geht bis kurz vor Cienfuegos ganz gut. Dann kommt eine Müllhalde – von den Anwohnern »produziert«. Eklig. Es stinkt nach faulen Eiern und wir beeilen uns, vorbeizukommen.

Nach einer Stärkung durch frittiertes Huhn (hier in Kuba wird das Essen häufig frittiert) laufen wir weiter zum Park José Martí im Zentrum der Altstadt von Cienfuegos. Die Kathedrale, der Park selbst und auch der Triumphbogen sind sehr schön. In der Kathedrale gibt es sogar einen Aushang auf Deutsch, die Restaurierung zu unterstützen.



Der Triumphbogen am José-Martí-Park im Zentrum von Cienfuegos. Der Park und die Gebäude aus der Kolonialzeit, die ihn umsäumen, sind 1982 zum Nationalen Denkmal erklärt worden. Im Hintergrund sind die Türme der Kathedrale und das José-Martí-Denkmal zu erkennen. Der Triumphbogen ist der einzige in Kuba. Er ist der kubanischen Unabhängigkeit gewidmet und wurde 1902 errichtet.

Fotos: K. Lubke

Gegenüber der Kathedrale am anderen Ende des Platzes steht der Palast Ferres. Auch dort gehen wir rein. Wir zahlen 2 CUC pro Person Eintritt. Das Gelände und die Treppe sind aus weißem Marmor. Einige Räume können wir betreten und die Mosaikfußböden bewundern. Möbel stehen nur vereinzelt in den Räumen, und wenn, dann sehen sie sehr reparaturbedürftig aus.

Auf der großen Dachterrasse steht ein kleines Türmchen. Eine kleine Wendeltreppe aus Eisen führt in die Spitze des Türmchens. Vorher gibt es noch noch eine schmale Plattform, auf der sich maximal 10 Leute aufhalten dürfen. In die Spitze darf immer nur eine einzige Person. Als ich oben in der Spitze ankomme, weiß ich, warum: Ich kann mich gerade um mich selber drehen. Dafür ist der Ausblick über der Stadt herrlich. Es hat sich gelohnt, hier raufzusteigen.

Inzwischen meldet sich der Hunger und wir suchen die vielgepriesene Eisdiele. Wir finden sie und das Eis schmeckt wirklich lecker... und kostet fast nichts: 2 Eisbecher für 0,25 CUC. Zum Abend besuchen wir ein kubanisch-italienisches Restaurant, um den Tag mit gutem Essen und Trinken ausklingen zu lassen.

Am nächsten Morgen bleibt noch etwas Zeit. Wir brauchen erst um 10.30 Uhr zum Busbahnhof loslaufen. Ich schreibe »Tagebuch« und pünktlich verabschieden wir uns und laufen los. Die Hitze und die schweren Koffer bringen uns dazu, daß wir klatschnaß am Busbahnhof ankommen. Dort hole ich unsere Fahrscheine (besser gesagt: Sitzplätze - obwohl, auch das stimmt nicht, da sich jeder dahin setzt, wo er will) und nun warten wir. Denn der Bus kommt erst noch. Und das 5 Minuten vor der geplanten Abfahrtszeit. Für den Koffertransport auf einem Wagen von ca. 20 Metern zahlen wir 2 CUC. Dieses Mal fährt der Bus mit 10 Minuten Verspätung ab, weil noch eine junge Familie mit Kleinkind einsteigt.

Der Bus fährt zügig und obwohl wir unterwegs wieder Leute aussteigen lassen, sind wir pünktlich in Trinidad, unserer 4. Reisestation.

KORNELIA LUBKE

\*CUC = Kubanischer Peso convertible, 1 € = 1,14 CUC

## Ortsteilverein lädt zum Frühjahrsputz in Finow ein

Noch steckt uns der Winter in den Gliedern. Doch jetzt wird es Frühling. Genau diesen Anlaß will Stadtteilverein Finow nutzen, um die gute Tradition der vergangenen Jahre und das große Engagement vieler Finower und Eberswalder Bürger für einen sauberen und schöneren Ort fortzuführen. Dieses Jahr wird der Frühjahrsputz am 13. April in der Zeit von 9 Uhr bis 12 Uhr durchgeführt. Alle Bürgerinnen und Bürger werden hiermit aufgerufen, daran teilzunehmen. Es bestehen viele Möglichkeiten, beim Frühjahrsputz aktiv zu werden oder eigene Aktionen zu organisieren. Hier ein paar Vorschläge: Postgrube, Schwanenteich, Festplatz am Schwanenteich, Sportplatz/Spielplatz Grundschule Finow.

Die Einsätze können im unmittelbaren Umfeld oder bei Rückfrage je nach Bedarf an zugewiesenen öffentlichen Flächen/Objekten erfolgen. Werkzeuge, wie Harke, Eimer, Hacke etc. sollte jeder Teilnehmer nach Möglichkeit selbst mitbringen.

Für die Verpflegung wird natürlich gesorgt. Im Anschluß an die Putzaktion können sich alle Aktiven auf dem Festplatz mit einem leckeren Imbiß stärken.

Um eine bessere Koordinierung zu gewährleisten, bitten wir Sie, sich bei uns unter 0171/7677001 eine Woche vor dem Frühjahrsputz zu melden. Wir freuen uns auf den gemeinsamen Frühjahrsputz mit Ihnen.

MARIA STROEDTER, Stadtteilverein Finow e.V.

## Joachimsthal:

### Jugendfilmprojekt »Flucht ins Grüne«

Am Sonntag, dem 31. März, haben um 15 Uhr im Heidekrug in Joachimsthal die im Rahmen des Jugendfilmprojekts »Flucht ins Grüne« entstandenen Filme Premiere. Der Eintritt ist frei.

Sechs Monate lang haben insgesamt 17 Jugendliche sich unter Anleitung von OLIVER HOHLFELD (Regie, Dramaturgie), STEFAN WACHNER (Kamera) und INES VENUS (Schauspiel) mit dem Thema Film beschäftigt, haben gelernt Szenen zu entwerfen, mit der Kamera umzugehen, Menschen zu interviewen, zu schauspielern, auf Licht und Ton zu achten, Filme zu schneiden und vieles andere mehr. Entstanden sind ein kurzer Dokumentar- und ein kurzer Spielfilm zum Thema »Flucht ins Grüne«: Warum leben Menschen auf dem Land und pendeln in die Stadt zur Arbeit, was könnte an ihrem Leben hier besser sein und

was würden sie niemals hergeben wollen? Im Spielfilm geht es ebenfalls um Menschen, die auf dem Land »stranden«, dann aber seine Vorzüge entdecken und dort bleiben.

Das Jugendprojekt wurde von der evangelischen Kirchengemeinde Joachimsthal getragen und durch den Bundesverband Jugend und Film e.V. im Rahmen des Programms »Kultur macht stark« des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert; Bündnispartner waren der Arbeiter-Samariter-Bund, Regionalverband Barnim e.V. und BAFF – »Bands auf festen Füßen« – gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. **GISBERT AMM**

### Buchtip: »Die zweite Frau«

Günter Kunert (\*1929) – Wallstein Verlag, 2019

Ein Ostberliner DDR-Bürger namens Barthold, verheiratet, obgleich sich innerlich zunehmend distanzierend, sowohl von der ange- trauten Margarete Helene, als auch von dem namenlos geliebten Land einer fernen Vergangenheit, versucht mit von Siegmund Freud beeinflusster philosophischer Durchdringung der Unzulänglichkeit, nämlich von ihm, dem Instituts-Archäologen und Geschichtsexperten des Untergangs von Kulturen, seiner von Eifersucht und Mißtrauen durchdrungenen Gattin und des sie beide und alle Figuren einbettenden Umfelds – einer Gesellschaft mit hohen theoretischen Idealen, die unweigerlich an den Niederungen der Praxis scheitert, wenn es nämlich dazu kommt, daß der Hauptheld mangels Alternativen (tut uns leid, ist leider nicht erhaltlich) gezwungen ist, seine Schritte ins westliche Konsumhoheitsgebiet zu lenken, dessen korrekte Übersetzung »Zwischenladen« bedeutet, einer obskuren Zwischenwelt – wenn er, Barthold, also versucht, der ganzen Misere eine sinnvolle Note abzugewinnen, indem er die Schwächen seiner Mitmenschen mit einer

heiteren, verzeihenden Resignation bloßlegt, kann das Ergebnis jedoch sarkastischer nicht sein.

Kultur-Funktionäre des sich schon in den Sedimenten befindlichen Landes hätten das Werk, aus ihrer Sicht zurecht, nicht nur als »undruckbar« abgelehnt, sondern als zutiefst giftig und böse gegenüber dem »real existierenden« Sozialismus eingeschätzt und dafür gesorgt, daß sein Autor nach Bautzen verbracht worden wäre: Zur ideologischen Umerziehung! Nicht nur deshalb wagt sich der Schriftsteller, Lyriker und Hörspielautor Kunert erst im zarten Alter von 90 Jahren (herzlichen Glückwunsch nachträglich) an die Veröffentlichung seines Prosa-Geniestreiches, nein, wohl auch deshalb, da sie vergriffen oder besser: abgegriffen sind, weil er keine Superlative und Nachfragen entgegennehmen mag.

Jedenfalls überfällt den Leser eine kindliche Freude beim Verfolgen der Geschichte, und diese hält noch lange an, auch wenn man das kleine, feine Büchlein schon zur Seite gelegt hat ... [www.literaturspektrum.de](http://www.literaturspektrum.de)

## Wandertips

von BERND MÜLLER

### Auf den Spuren Walter Müllers

Sonntag, 31. März Tour in den ehemaligen Landkreis Königsberg/Neumark (Autotour Polen) ehemals Landkreis Königsberg mit kleinen Wanderungen und Besichtigungen am Wegesrand.

Die Tour findet zu Ehren von Naturfreund Walter Müller statt, der am 27. März seinen 10. Todestag hat. Wir fahren über die Grenze (gültiger Personalausweis!) Erster Halt der Riesensadler. Danach bewundern wir die Zehdener Heide (Erikahänge). In Cedynia (Zehden) ersteigen wir den Askanierturm (2 Zloty) und blicken über das Zehdener Bruch. Optional Besuch des Museums (5 Zloty Eintritt). Weiter fahren wir über Wrechow (Orzechów (Wrechow) nach Czachów (Zachow) zur Ordensritterkirche und dem Flugfeuer Königsberg i. Preussen/Berlin und weiter über Lubiechów Górný (Hohen Lübbichow), die Rieseneichen von Lubiechow Dolny (Nieder Lübbichow), Piasek (Peetzsig) nach Bielinek (Bellinchen), wo wir einen tollen Aussichtspunkt besuchen werden. Die Tour kann als Selbstfahrer oder Mitfahrer erfolgen. Mindestteilnehmerzahl 10 Personen.

Treff: 10 Uhr Hotel Zur Fährbühne, Fährweg 17, 16259 Bad Freienwalde OT Hohenwutzen, Gebühren: 5 Euro, ermäßigt 2,50 Euro.

### Großes Anwandern in Bad Freienwalde

Sonnabend, 6. April

### Rund um den Sparrenbusch

Sonntag, 14. April, Spaziergang 4 km

Es geht durch einen wunderschönen Lärchenwald und vorbei an sehr alten Bäumen. Am Ende gibt es eine kleine Führung über das ehemalige Kasernengelände der Hohenfriedbergkaserne. Kaffee und Kuchen ist eingeplant. Treff: 13.30 Uhr, NaturFreunde, Dankelmannstraße 28, 16259 Bad Freienwalde

### 14. Ostereiertrudeln in den Karpaten

Ostermontag, 22. April, 5 km Rundwanderung

Durch den Schloßpark geht es vorbei an der Vogeltränke durch den Saugrund zu den Karpaten, einem kleine Höhenrücken, und zum Thüringer Blick. Nach Kaffee und Kuchen geht es ans Ostereiertrudeln. Über den Dr. Max-Kienitz-Weg erreichen alle den Ausgangspunkt. Wer nicht gut zu Fuß ist, kann direkt um 15 Uhr zum Eiertrudeln zur Kleingartenanlage Am Saugrund kommen. Besonders Kinder sind gerne gesehen, es wird auch gebastelt.

Treff: 13.30 Uhr, Schloßparkambulanz, Berliner Strasse 1, 16259 Bad Freienwalde (Oder)

Anmeldung unter 03344/3002881 oder wandermueller@aol.com. Wenn nicht anders angegeben, werden folgende Organisationsgebühren erhoben: Erwachsene 3 €, ermäßigt 1,50 €, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

## EISBRENNER



### DAS LIED VOM FRIEDEN

Erlebnisse und Betrachtungen eines deutschen Songpoeten



**Eberswalde (bbp).** Der Sänger und Lyriker Tino Eisbrenner veröffentlichte im März 2019 sein drittes autobiographisches Buch. Ein Buch, das polarisiert und schon vor seiner Veröffentlichung für Diskussionen sorgt. ER hat nicht nur das »Lied vom Frieden« als Song getextet, sondern lebt es auch sonst mit dem, was er als Künstler initiiert und (re)präsentiert. Aber vor allem beschreibt er seine Erlebnisse und Eindrücke auf den Musik-statt-Krieg-Tourneen, die er seit Ende 2015 durch die BRD, Österreich und Osteuropa gemacht hat. Rußland, Georgien, Belarus, Polen, Tschechien hat er viele male mit Musik bereist und dabei interessante Menschen und deren Sicht auf das Leben, die Heimat, ihre Geschichte und auch auf die BRD kennengelernt.

*Eisbrenner: Das Lied vom Frieden. Erlebnisse und Betrachtungen eines deutschen Songpoeten.*

**Lesung, Lieder & Gespräch. 14. April 2019, 15 Uhr. Museum Eberswalde,**

Steinstraße 3, 16225 Eberswalde. Karten: 10 Euro, ermäßigt 5 Euro.

## Lastenräder als Transportmittel in der Stadt

**Eberswalde (prest-ew).** Nach der erfolgreichen Auftaktveranstaltung 2018 richten das Klimaschutzprojekt »Transition Thrive« und die Stadt Eberswalde am 30. März das zweite »Sattelfest« aus, um unter anderem das Lastenrad als Transportmittel in der Stadt bekannter zu machen. Neben dem Ausprobieren verschiedener Lastenrad- und Radmodelle sowie Informationen und Aktionen rund um das Fahrradfahren

wird es auch kulturelle und kulinarische Angebote geben. Was sich alles mit (Lasten-)Rädern transportieren läßt, wie es sich anfühlt, ein beladenes Lastenrad zu fahren und welche Möglichkeiten es in Eberswalde gibt, solche Räder auszuleihen oder gar selbst zu bauen – das und mehr können Interessierte zwischen 12 und 16 Uhr auf dem Marktplatz erfahren. Alle sind herzlich willkommen!

## Sommer in der Mühle

Für den »Sommer in der Mühle 2019« entwickelten die Mitglieder des Kunstvereins »Die Mühle e. V.« zahlreiche Ideen, gestalteten neue Kunstwerke und schlossen Verträge mit anderen Künstlern ab. Mit insgesamt 28 Veranstaltungen wollen wir Bürgerinnen und Bürger aus Eberswalder und Umgebung zwischen dem 1. Mai und dem 25. Oktober an den Zainhammer locken. Es wird für viele Geschmäcker etwas zu sehen geben, z. B. in den sechs Ausstellungen. Acht Konzerte und eine Lesung bieten etwas für die Ohren. Wer eigene Kunstwerke aus Farbe, Holz oder Wolle erschaffen möchte, sollte sich bei einem der sechs Kunstkurse einschreiben. Genaueres finden Interessierte im Internet ([www.diemuehle.de/frontseite/sommer-in-der-muehle-2019](http://www.diemuehle.de/frontseite/sommer-in-der-muehle-2019)). Und auch Nase und Gaumen sollen etwas abbekommen. An jedem zweite Samstag im Monat wird der Lehmbackofen angeheizt und bäckt von den Besuchern mitgebrachte Köstlichkeiten fertig.

Bevor der Sommer jedoch beginnt, öffnet die Zainhammermühle am 30. März zwischen 10 und 17 Uhr den 2. OsterKUNSTmarkt. Rechtzeitig vor dem Fest können sich Besucher hier mit Werken der Vereinsmitglieder entdecken! Die Mühlenkünstler bieten Malerei, Grafik, Fotografie, Keramik, Bücher, Schmuck, Filz- und Textilarbeiten, Holzspielzeug und vieles andere mehr. Kinder aufgepaßt! Auf den Wegen zur Zainhammermühle zwischen Waldsolarheim und Werner Forßmann Klinikum werden Holztäfelchen mit unserem Logo versteckt sein. Wer eines findet, darf es behalten und bekommt eine kleine Süßigkeit obendrauf.

*ECKHARD GROLL*

**28. März, 17 Uhr: Frühjahrsputz in der Mühle**  
**30. März, 10 Uhr: 2. OsterKUNSTmarkt**

Die Mühle e.V.,  
 Am Zainhammer 3b,  
 16225 Eberswalde.



## impresum

**herausgeber:** Barnimer Bürgerpost e.V.

**anschrift:** Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

**telefon:** (0 33 34) 35 65 42

**e-mail:** [redaktion@barnimer-buergerpost.de](mailto:redaktion@barnimer-buergerpost.de)

**internet:** [www.barnimer-buergerpost.de](http://www.barnimer-buergerpost.de)

**redaktion:** Gerd Markmann

**druckerei:** Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

**redaktionsschluß:** 20. März 2019

*Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.*  
 Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 24. April 2019.

## Barnimer Bürgerpost

**Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«**

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)  
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über einen Postzustelldienst wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle:  per Bankeinzug  per Rechnung

IBAN \_\_\_\_\_ BIC \_\_\_\_\_ Bank \_\_\_\_\_

Name, Vorname \_\_\_\_\_ Straße, Hausnummer \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_ Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in \_\_\_\_\_

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: \_\_\_\_\_ Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in \_\_\_\_\_

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

**Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde**  
 (Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)